

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit illust. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf { 905 nur Redaktion  
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Pettzelle über deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 30 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 22

Dienstag, 27. Januar 1925

32. Jahrgang

## Verschleppungsmanöver.

Eine alliierte Zwischennote über die Kölner Zone.

### Gestern in Berlin überreicht.

Amlich wird gemeldet:

Die Botschafter Englands, Frankreichs und Japans, sowie der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben am Montagmittag 12 1/2 Uhr im Auftrage ihrer Regierungen dem Reichskanzler eine neue Kollektionsnote über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone übergeben. Der englische Botschafter erklärte bei der Übergabe der Note, daß sie eine Antwort der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. Januar d. J. darstelle. Er fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigten, eine weitere dritte Note auszufälligen Inhalts sobald als möglich der deutschen Regierung zukommen zu lassen.

Der Reichskanzler nahm die Note entgegen und erklärte, daß er von ihrem Inhalt Kenntnis nehmen und sofort eine Beschlusfassung des Kabinetts darüber herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe allerdings erwartet, daß sie in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit nicht noch einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angekündigte Material erhalten würde, mit dem die Räumung der nördlichen Rheinlandzone begründet werden sollte. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Botschafters, wonach die alliierten Regierungen der Reichsregierung dieses Material sobald als möglich zugehen lassen wollten, könne aber nur noch einmal dem dringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwebezustand nunmehr alsbald ein Ende gemacht werde.

### Der Wortlaut der Note.

Die von den alliierten Vertretern Montagmittag dem Reichskanzler übergebene neue Kollektionsnote in der Räumungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von der von Herrn Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter in Berlin gerichteten Note Kenntnis genommen, womit die frühere Note der alliierten Regierungen beantwortet wurde, die sich auf die Durchführungen der Bestimmungen des Artikels 429 des Vertrages von Versailles über die Besetzung des als „Kölner Zone“ bezeichneten Teiles der von den alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete bezog. Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können. Wie sie der deutschen Regierung bereits in ihrer Kollektionsnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden sie ihr später eine neue Mitteilung zukommen lassen, die festlegt, welche Maßnahmen sie von Deutschland noch erwarten, damit seine Verpflichtungen im Sinne des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie indes die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verstehen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf fünfzehn Jahre festgesetzt und haben eine Abkürzung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen in standzusetzen, in dem Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Milderung eintreten zu lassen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits die Absicht, die Bestimmungen dieses Artikels auf das genaueste zu erfüllen.

### Heute schon Antwort.

Weiter wird uns aus Berlin gemeldet:

Die Reichsregierung ist sich bereits am Montagabend über die Antwort schlüssig geworden, die den alliierten Vertretern am Dienstag zugeht werden wird.

\*

S. Lübeck, 27. Januar.

Man kann darüber streiten, ob Gott die Menschen nach seinem Ebenbilde geschaffen hat. Für die Juristen möchte ich ihm jedenfalls nicht verantwortlich machen, die sind ein Produkt des Teufels.

Sie haben die Fähigkeit, mit ihren lichtvollen Schriftsätzen die härtesten Dinge kompliziert zu machen, und Angelegenheiten, die auf Lösung drängen, hoffnungslos zu verschleppen.

Ein solcher echt juristischer Schriftsatz ist die neue „Zwischennote“. Kein Wort von dem, woraus sie ankommt, von der Entstehung und den Verstößen gegen die Vertragsbestimmungen, lediglich eckige juristische Spitzfindigkeiten über den Versaillesvertrag, die Frage, ob und wann er verletzt ist, und die nicht gerade in konzilianter Form dargelegt.

Was soll das? — Zweifelloos ist der Zweck derselbe, dem ein jeder Schriftsatz gewöhnlich im bürgerlichen Rechtsstreit dient, nämlich: Zeit gewinnen.

Und gerade die unverkennbare Schroffheit des Tons erscheint uns als Zeichen innerer Unsicherheit. Es wird also wohl stimmen, was wir vor einigen Tagen als Vermutung meldeten, daß in der Sache selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten bestehen. Und ganz leidenschaftliche Meinungsverschiedenheiten bestehen in Frankreich selbst; ein Blick auf den an anderer Stelle wiedergegebenen Bericht aus der französischen Kammer erklärt alles.

Die Regie klappt wieder mal tabellos; die deutschen und französischen Chauvinisten haben sich glänzend in die Hände gearbeitet. Die „nationalen“ Männer Frankreichs unternehmen den Sturmangriff auf die Demokratie, der eben in Deutschland so prächtig gelungen ist. Und Herriot ist kein Braun, er ist allenfalls ein Marz, der, selbst unbedingt pazifistisch gejonnen, den Nationalen doch immer wieder Konzeptionen macht; hoffentlich nicht mit dem gleichen Enderfolg.

\*

Dieses Verständnis für die Entstehungsursachen der neuen Note hindert uns natürlich nicht, das klägliche Ergebnis unbedingt zu verurteilen.

Wir gehen darin mit dem „Vorwärts“ durchaus einig, der heute früh u. a. ausführt:

Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Verhalten der Entente im höchsten Grade bedauerlich und verwerflich ist. Sie hätte die moralische Pflicht gegenüber dem Versailler Vertrag und gegenüber dem deutschen Volk gehabt, die Gründe, weshalb sie glaube, den Räumungstermin des 10. Januar nicht innegehalten zu müssen, konkret und ausführlich darzulegen und zwar bevor sie die Räumung notifizierten. Deshalb müssen wir auch die Erreichung einer Zwischennote, die noch immer keine positiven Anschuldigungen enthält, verurteilen. Der Inhalt dieser Note ist so nichtsagend, daß man sich wundern muß. In Ententezirkeln werden nun diese Verzögerungen damit erschwert, daß man die Forderung von der Entwidlung der Dinge in Deutschland abhängig machen will. Gewisse Andeutungen in Pariser Linksblättern bestätigen diese Vermutung. Insbesondere soll in der Militärkommission die Meinung entstanden sein, in der Frage der Schutzpolizei bezüglich der Kasernierung und der Hundertchaften wesentliche Zugeständnisse zu machen, aber der Ausbruch der Regierungskrise in Preußen habe diese Ausichten in Frage gestellt.

Er hätte noch hinzufügen können, daß die Alliierten mit dieser Form der Note unsere Herrern eine ungemene Freude gemacht haben. So schreiben die „Hamburger Nachrichten“, von denen wir allerdings gewöhnt sind, daß sie im höchsten Distinkt quitielen:

„Gerade in ihrer unverschämten Tonart ist diese Note der Alliierten die gelbende Antwortquittung für die Handlungsweise der Pazifisten, Marxisten oder wie die Verbrecher in Deutschland vom November 1918 sich sonst nennen mögen.“ und kommen zu dem Schluß:

„Heute regieren bei uns nicht mehr die Pazifisten und Marxisten und — mit einer Verbeugung vor Herrn Ebert — die Novemberkrieger von 1918. Wenn die Reichsregierung auf diese Note antwortet, so kann ihre Erwiderung ehrlich und würdig lauten.“

\*

Ja, was wird die Regierung nun antworten? — Auch darüber ist dieses Blatt dank seiner guten Beziehungen schon einigermaßen orientiert. Herr Luther wird das antworten, was er beim Empfang der Gesandten bereits gesagt hat, nämlich, daß wir mit der „Zwischennote“ nichts anfangen können, und die Angabe der Tatsachen, um die es sich handelt, nun dringend verlangen.

Das ist genau dasselbe, was der „Vorwärts“ sagt; aber wenn der „Vorwärts“ es sagt, ist er ein Verbrecher, wenn Herr Luther es sagt, wahrer er die „nationale Würde“.

Wer das nicht versteht, der ist eben kein nationaler Mann!

\*

Aber all dieses Gekasper — es wird mitunter sehr lustig, wenn zum Beispiel festgesetzt wird, daß der Botschafter des Demokraten Herriot die Note mit „Basiliskenfäule“ überreicht habe, über die Temperatur der so heiß begriffenen reaktionären Regierung Englands wird aber nichts gesagt — all das darf uns den Blick für das nicht trüben, was das Wesentliche ist, und das ist eben die Entwaffnungsfrage selbst. Heute mag kein Mensch und kein deutschnationaler Minister mehr zu bestreiten, daß Geheimrüstungen Rathgefunden haben, ja es ist noch einmal von amtlicher Stelle ernsthaft dementiert worden, daß solche noch statfinden.

Das ist der Punkt, auf den wir als deutsche Friedensfreunde nur wachsame Auge zu richten haben. Die verwerfliche Juristentaktik der Alliierten beraubt uns der Möglichkeit, im Augenblick hier weiter zu stoßen, als es Genosse Breitfeld im Reichstag getan hat.

Erst wenn die endgültige Note da ist, wird man auf einigermaßen festem Grund arbeiten können. Dann allerdings wird auch — das wissen wir schon heute — die reaktionäre Presse in sehr viel sanfterer Melodie aufspielen müssen, sonst wäre die Diskrepanz zwischen ihrem Geschrei und der in Luthers Reden schon unzweideutig angekündigten Nachgiebigkeit der „nationalen“ Regierung doch allzu deutlich.

Einstweilen aber haben die Kriegshörer noch gute Zeit.

## Der französische Hauptmann Sadoul und Lenins doppelte Kriegspolitik.

Von Paul Dierig.

Der Fall des ehemaligen französischen Hauptmanns Sadoul, dessen Prozeß kürzlich in Orleans stattgefunden hat, verdient die größte Beachtung der öffentlichen Meinung Deutschlands. Die Gerichtsverhandlungen und besonders die Berichte Sadouls, die er seinerzeit aus Sowjetrußland an die betannten französischen Sozialisten Albert Thomas und Jean Longuet sandte, brachten in höchstem Grade interessantes Material über die Kriegspolitik der Sowjetmacht gegenüber Deutschland in den geschichtlichen Monaten des Jahres 1918 und über die merkwürdige Rolle Sadouls in Rußland.

Zunächst einige Worte über Sadouls Vergangenheit. Als Offizier der französischen Armee ging er während des Krieges als Vertrauensmann des Munitionsministers Albert Thomas nach Rußland. Dort wurde er der französischen Militärkommission zugewiesen. Seiner politischen Überzeugung nach war er damals Sozialist. Als die Bolschewisten aus Rußland gelangten, wurde er zusammen mit mehreren anderen Mitgliedern des diplomatischen Korps verhaftet. Sadoul drohte die Todesstrafe. Wofür? Darauf kann man keine bestimmte Antwort geben. Es wütete nämlich damals in Rußland der Terror, während dessen man glaubte, keinen Grund nötig zu haben, um Menschen ums Leben zu bringen. Wie es auch sein mag, im russischen Gefängnis hat Sadoul ein schweres seelisches Drama erlebt. Er legte dort ein feierliches Bekenntnis zum Bolschewismus ab und wurde bald darauf Vertrauensmann der Sowjetmacht. Zugleich war er aber eifrig am Werk, um die Interessen des französischen Kapitals in Rußland zu schützen und Frankreich eine bedeutende wirtschaftliche Rolle in Rußland für die Zukunft zu sichern. In einem Bericht an Albert Thomas vom 15. Mai 1918 schrieb Sadoul wie folgt: „Ich habe niemals eine andere Aufgabe verfolgt, als die Interessen Frankreichs.“ — Trotzdem wurde er im Jahre 1917 — also unter der Regierung Clemenceaus — in Abwesenheit wegen Desertation zum Tode verurteilt. Als er Ende des vorigen Jahres nach Frankreich zurückkehrte, wurde er verhaftet und dem Gericht vorgeführt. Auf Antrag der Verteidiger hat das Gericht die provisorische Freilassung ausgesprochen. Es kann aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß Sadoul die volle Begnadigung sicher ist. Seine ganze Haltung in Rußland ist die beste Garantie dafür.

Es gibt wohl Wenige, die so aktiv gewirkt haben, wie Sadoul, um die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen Rußlands mit Deutschland zu unterminieren. Nach seinen Behauptungen inspirierte er Trozki die für „den Feind“ unannehmbar Friedensbedingungen. Daß ein französischer Offizier sich für ein solches Ziel einsetzte, ist begreiflich. Aber eine ganz eigenartige Rolle spielte die Sowjetregierung: feierlich versicherte sie dem russischen Volk, einen schleunigen Frieden abzuschließen; in demagogischer Weise mißbrauchte sie gerade die Kriegsmüdigkeit der Massen, um die Regierung Kerensky zu bekämpfen. Zur selben Zeit trugen sich Lenin und Genossen mit dem festen Plan der Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland. Darüber gab Sadoul vor dem Gericht in Orleans eine präzisere Erklärung ab. Nach Sadouls Versicherungen wurden die russischen militärischen Sachverständigen, die über den Frieden von Brest-Litovsk verhandelten, von dem General der französischen Militärkommission ernannt. Freilich, der Separatfrieden mit Deutschland ist geschlossen worden. Aber noch am 11. Januar 1918 versuchte Lenin, Sadoul zu beruhigen, daß der Friede nur „eine Atempause“ sei, um die Rote Armee organisieren zu können. Am 30. Februar, berichtet weiter Sadoul, wurde nach einer langen Unterredung mit Trozki die Grundlage für die Rote Armee geschaffen. Trozki akzeptierte Sadouls Plan, eine Aufforderung (zur Mitwirkung) an eine spezielle französische Militärkommission ergehen zu lassen. Dieser Plan fand Trozki Beifall, weil er seiner Politik entsprach,“ stellt Sadoul fest. „Er suchte er doch schon seit drei Monaten um Hilfe. Trozki wollte nur die Bestätigung unserer Botschaft haben. Ich versprach sie ihm für den nächsten Tag.“ Und in der Tat gab der Botschafter Rouleus auf Erjuchen und in Gegenwart Sadouls am 21. Februar dem russischen Kriegskommissar Trozki folgende Zusicherung: „In Ihrem Widerstand Deutschland gegenüber können Sie vollkommen auf die militärische und finanzielle Unterstützung Frankreichs rechnen.“ Die Frage der Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland sollte also einen vollkommen realen Charakter annehmen. Am 20. Januar 1918 berichtete Sadoul an Albert Thomas, daß er wiederholt dem (französischen) Botschafter versichert habe, daß er, Sadoul, am selben Tage, wo er imstande sein werde, Trozki offiziell die Hilfe seiner Regierung bei seiner Arbeit zur Wiederherstellung der Armee für den Kampf gegen Deutschland zu garantieren, auf dem französischen Ufer (dort befand sich in Petersburg die französische Botschaft) ein entsprechendes Erlaß Trozki überbringen werde. Trozki werde im Auftrage der Volkskommission handeln.

Besonders interessant ist die Mitteilung Sadouls über die Bedingungen der interalliierten Intervention, die er im Bericht vom 7. April 1918 macht. Dort heißt es wörtlich: „Gemäß Vereinbarung mit Trozki habe ich heute den Vertreter der interalliierten Mächte die Bedingungen (der Intervention) mitgeteilt.

\*) Henri Barbusse: „Capitaine Jean Sadoul: Notes sur la révolution bolchevique“ (Oktober-November 1919). — (Die angeführten Zitate sind aus diesem Buch entnommen.)

# Das unzuverlässige Zentrum.

In Hessen rechts — in Preußen links.

## Die heftige Rolle.

SPD. Darmstadt, 26. Januar. (Sig. Drahtber.)

Die Verhandlungen über die heftige Regierungs- bildung scheinen nun auf einem Wendepunkt angekommen zu sein. Trotzdem die Weimarer Koalition in Hessen über eine tragfähige Mehrheit verfügt, scheiterten die Verhandlungen an der Forderung des Zentrums, die Koalition nach rechts zu erweitern. Das Zentrum versuchte nun eine Rechtsregierung zustande zu bringen mit Einschluß der Demokraten. Die heftige Rechts- und Zentrumsprelle suchte nun mit allerlei Schmeicheleien die Demokraten zu einem Umfall zu bewegen. Die Demokraten beschloßen am Montag einstimmig, dem Zentrum folgende Antwort zu geben:

„Die demokratische Partei übernimmt in keiner Form irgend welche Verantwortung für das Zustandekommen einer rechtsgerichteten Regierungskoalition. Eine Beteiligung an einer solchen wird ebenso bestimmt abgelehnt wie eine Begünstigung der Duldung. Die Arbeit der bisherigen Koalition wurde durch die letzten Landtagswahlen vom heftigen Volke anerkannt. Die drei Koalitionsparteien versagen nach wie vor über eine ausreichende Mehrheit. Im Interesse einer stetigen Landespolitik ist daher die Beibehaltung der Regierungs- koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zuzusetzen. Wir setzen Sie von diesem Beschluß in Kenntnis mit der höchsten Bitte, ihn den anderen in Betracht kommenden Fraktionen mitzuteilen.“

Damit haben die heftigen Demokraten einen konsequenten Standpunkt eingenommen, der das Zustandekommen einer Rechtsregierung in Hessen unmöglich macht. Ohne die Demokraten hat eine Rechtsregierung in Hessen keine Mehrheit. Man kann gespannt sein, welche Haltung nunmehr das Zentrum einnehmen wird. — Am kommenden Donnerstag findet die Wahl des Staatspräsidenten durch das Plenum des Landtages statt. Dann wird die Entscheidung fallen, ob der heftige Landtag dem Vorgehen des Reichstages und des preußischen Landtages folgen will oder ob der Wille der Wählerschaft, die in der Mehrheit republikanisch wählt, respektiert wird.

## Vor der Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Vom „Soz. Pressedienst“ wird uns gemeldet:

Die Vorbereitung der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten, die am nächsten Freitag ohne Ausprache vom Landtag vorgenommen werden soll, konnte bisher schon um deswillen keine Fortschritte machen, weil nicht nur die Fraktionen, sondern auch die Mehrzahl der führenden Politiker nach von Berlin abwesend sind. Die Rechte ist außerordentlich betrübt darüber, daß der Ruhmhandel auf der ganzen Linie flokt. Im Lager der bisherigen Koalitionsparteien verpörrt man teilweise Neigung, auf die Anbiederungsversuche der beiden Rechtsparteien einzugehen. Die Zeit drängt aber, weil ja am Freitag bereits die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag erfolgen soll. Die Deutschnationalen wollen um jeden Preis Zeit gewinnen, weil sie hoffen, daß, wenn erst die Fraktion der Demokraten und namentlich die des Zentrums in Berlin versammelt sind, es gelingen könnte, aus diesen Lagern Vorspann für den reaktionären Karren zu gewinnen. Die Deutschnationalen wollen deshalb im Laufe der Geschäftsordnungsdebatte am Freitag den Antrag stellen, die Wahl des Ministerpräsidenten zu verschieben. Die Deutsche Volkspartei wird ihnen sicher dabei Hilfe leisten. Es ist aber so gut wie ausgeschlossen, daß Demokraten und Zentrum diesen Antrag unterstützen werden.

Bisher haben die Rechtsparteien nur mit ein paar Augen-

leitern der Zentrumsfraktion befriedigende Fühlung gewonnen. Die führenden Männer des Zentrums aber haben die deutschnationalen Ueberredungsversuche glatt abgelehnt. Das kann auch gar nicht anders sein, denn alle maßgebenden Zentrumsstimmen, die sich bisher zur Regierungsabstimmung in Preußen geäußert haben, stimmen in der schroffen Ablehnung einer reaktionären Regierung für Preußen überein. Ebenso wie die beiden Kölner Zentrumsorgane hat noch am Montagabend die „Germania“ bestimmt und fest erklärt: „Es ist selbstverständlich, daß das Zentrum auf der Linie bleiben wird, die sie während dieser Periode auch für weniger scharf bildende Augen deutlich genug abgehoben hat.“ Das heißt also, daß die preußische Zentrumsfraktion zur alten Koalition hält.

Die „Kreuzzeitung“, die sie in der letzten Zeit ohne Unterbrechungen bewiesen hat, daß sie auf beiden Augen politisch erblindet ist, gewinnt der verworrenen Lage eine sehr optimistische Seite ab. Sie sagt: „Vollkommen verkehrt ist es, die Lage als verworren hinzustellen, sie ist im Gegenteil völlig klar. Das Zentrum braucht nur die unnatürliche Koalition mit den Sozialdemokraten aufzugeben und als bürgerliche Partei auf die Seite der Bürgerlichen zu treten.“ Die „Kreuzzeitung“ wird also am Freitag am Zentrum doch eine herbe Enttäuschung erleben.

Wie wir schon durch die Ueberschrift andeuteten, scheint uns die Auffassung des Pressedienstes reichlich optimistisch zu sein. Wohl möglich, daß das Zentrum, das durch die politische Entwicklung der letzten Jahre zum fast ausschlaggebenden Machtfaktor der deutschen Politik geworden ist, zunächst noch einmal verlustlos mit Hilfe einer Halbkreiskoalition seine kulturwidrigen Ziele in Preußen durchzusetzen. Aber wir wollen uns auf seine Republikane nicht allzu fest verlassen. Wer sich auf ein Schaufelpferd stützt, kann leicht umfallen. Das Zentrum ist nur dann ein Mittelpunkt in unserer Republik, wenn es durch das Schweregewicht der sozialistischen Arbeiterbewegung unbedingt nach links gezwungen wird.

## Der Kandidat des Zentrums.

In letzter Stunde erhalten wir noch folgende Fundmeldung, die nicht geeignet ist, das Vertrauen zur Zentrumsparlei zu stärken:

Köln, 27. Januar. (Karoo)

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt heute vormittag zur Preußenkrise:

Die Wahl des Abgeordneten Porsch zum Ministerpräsidenten würden, wie aus unverbindlichen Äußerungen entnommen werden kann, auch die Rechtsparteien unter der Voraussetzung unterstützen, daß Ministerpräsident Porsch sein Ministerium ausdrücklich aus den Parteien der Rechten zusammenstellt. Das verdient gewiß Anerkennung, aber das Zentrum hat durchaus keine Neigung, den Rechtsparteien die Verantwortung abzunehmen. Nicht das Zentrum wünschte eine Abänderung der vorhandenen Konstellation, sondern die Deutsche Volkspartei. Nicht das Zentrum hat mit allen Mitteln das Bestehende zum Sturz gebracht, als es für seine Wünsche kein Verständnis fand, sondern die Deutsche Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei hat mutwillig eine Kampferperiode heraufbeschworen. Die Verantwortung für das Vorgehen wird ihr nicht abgenommen. Sie hat die Wahl frei. Sie mag die Regierung bilden. Die Sieger haben das Wort!

die von ihnen akzeptiert werden müssen, bevor man sie dem Rate der Volkskommission zur Bestätigung vorlegt. Diese Bedingungen sind: eine allgemein-interalliierte und nicht eine ausschließlich japanische Intervention; der Verzicht, von der Intervention Gebrauch zu machen, um die Sowjetgewalt zu stützen; die genaue Angabe des Betrages, den man Japan für die erwiehenen Dienste zu erstatten haben werde.“ Im Mai kommt Sadoul in seinem Bericht auf die Frage zurück. Er schreibt: „Die Bolschewisten sind, wie zuvor, bereit, eine interalliierte Intervention zu den bereits bekannten Bedingungen anzunehmen. Sie lehnen es aber ab, Verhandlungen zu führen, solange die Franzosen, Engländer, Amerikaner und Japaner ihnen keinen gemeinsam und endgültig ausgearbeiteten Interventionsplan vorlegen.“ Tschischerin und Trotski wollten keine separaten Verhandlungen mit den Interalliierten führen.

Lehnen Endes ist der Interventionsplan gescheitert. Das war keineswegs das Verdienst der Sowjetregierung. Vielmehr ist dieser Ausgang auf die Haltung der interalliierten Mächte zurückzuführen. Entscheidend waren für sie die realen Sachverhältnisse: Rußlands Streitkräfte waren damals verschwindend gering; es bestand nur wenig Hoffnung auf ihre Wiederherstellung; die kriegsmüden Massen standen noch unter dem perhohen Einfluß der bolschewistischen Propaganda. In der Ehrlichkeit der bolschewistischen Politik, die die Verträge Rußlands mit den Alliierten erst gestern gebrochen hatte, bestand in Paris und London kein Vertrauen. Dazu gesellte sich der Umstand, daß die Alliierten zu der in Frage kommenden Zeit des Sieges über Deutschland auch ohne russische Hilfe sicher waren. Unter diesen Verhältnissen mußten Sadouls Bemühungen scheitern. Vergeblich blieben seine Versicherungen, daß die Bolschewisten weder Revolutionäre noch Sozialisten seien, daß Sowjetrußland eine angelegene Despotie darstelle, und daß daher kein Grund vorliege, sich durch den Bolschewismus abschrecken zu lassen. Clemenceau und Lloyd George ließen sich nicht beeinflussen.

Jedenfalls sind aus dem Fall Sadoul zwei wichtige Folgerungen zu ziehen: Sadoul ist in seiner Einstellung als Sozialist und Kommunist stets ein loyaler Patriot geblieben. Als Vertrauensmann der Sowjetmacht hat er einer Sache gedient, die der Bolschewismus als „Sozialpatriotismus“ zu brandmarken pflegt. — Die Kriegspolitik Lenins und Genossen war ein Doppelspiel sowohl gegenüber dem russischen Volke als gegenüber Deutschland.

## Der Erfolg des Oberlandrats.

SPD. Braunschweig, 26. Januar. (Sig. Drahtber.)

Auf die Nachricht, daß in Bayern das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wieder aufgehoben wird, haben die Nationalsozialisten in der Stadt Braunschweig eine Ortsgruppe gebildet und die 25 Braunschweiger Hitler als maßgebend anerkannt. Gleichzeitig haben sie bekanntgegeben, daß sie bei der Stadtverordnetenwahl mit einer eigenen Liste antreten wollen.

## Beamte laß auf der Daut!

Der Nachfolger des Herrn v. Schlieben und seine Pläne.

An Stelle des bisherigen Leiters der Staatsabteilung im Reichsfinanzministerium, des zum Reichsfinanzminister aufgerückten Finanzdirektors von Schlieben ist Ministerialdirektor Dr. Vorholz getreten. Bei einer nach seinem Amtsantritt erstellten Aufschreibung mit dem Beamten-Spitzenrat schiedlich erklärte er sich bereit, in absehbarer Zeit mit den Vertretern der Beamten-Organisationen in eine Besprechung des gesamten Personalproblems einzutreten. Von dieser Besprechung erhoffen die Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden eine wesentliche Verbesserung des augenblicklich geltenden Besoldungssystems. Bekanntlich sind nicht nur die Grundbesitzer unzufrieden und die Spannung zwischen den Besoldungsgruppen unnormal, sondern auch das Wohnungsgeld im Wege des Defizits an die Stelle des Outschlags getreten. Hatte schon der Reichstag keine Mängel vor allen Dingen, weil er die Unterteilung in fünf Dienstklassen ausreicht, so übernahm das Wohnungsgeld nicht nur diesen unangenehmen Zustand, sondern es verschärfte ihn noch durch ein überhöhtes Spannungsverhältnis ganz wesentlich.

Die Wünsche, die für eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse vorhanden zu sein scheinen, beleuchtet eine Seiten dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die Grundzüge der Besoldung der Reichsbeamten von 1897 bis Dezember 1924. Demnach wird ausgemacht, daß die Besoldung der Beamten im Hinblick auf ihre Ausbildung, ihre Leistungen und ihre Verantwortlichkeiten gegenüber einfacherer Vorbildung und Leistung viel zu gering ist. Es wird vorwiegend auf die Spannungen in der Privatwirtschaft und namentlich geäußert: „Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut ausgebildeten und in leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während dies bei den mit den Beamten der unteren Besoldungsgruppen vergleichbaren Angestellten nicht der Fall ist.“ Gefordert wird außerdem, daß die Familienzuschläge bei der heutigen Regelung für verheiratete Beamte der unteren Besoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbeträge darstellen und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Familienzuschläge aus Besoldungspolitischen Erwägungen nicht mehr in Frage kommen kann.

Aus diesen Feststellungen der Denkschrift ist ersichtlich, wie sich das Reichsfinanzministerium eine eventuelle, auf Grund der von den Parteien geforderten Besoldungsänderung vorzunehmende Regelung vorstellt. Es soll ganz offenbar der verzierte Versuch zur Anwendung kommen, den höheren Beamten angemessene hohe Zulagen zu gewähren — keine das Beispiel der Reichsbahnernachmal — und bei den unteren Gruppen die jetzigen Besoldungsbezüge beibehalten zu lassen.

Die Beamten, ihre Organisationen und die Öffentlichkeit werden den reaktionären Plänen des Reichsfinanzministeriums entsprechende Beachtung zuwenden müssen, damit eine neue unlogische Regelung der Besoldung verhindert wird.

## Der Anstieg des republikanischen Gedankens.

Die endgültigen Zahlen für Lippe.

Darmstadt, 27. Januar. (Radto).

Das endgültige Wahlergebnis im Freistaat Lippe, das nunmehr, nachdem auch die Stimmen der hiesigen Wanderarbeiter, die außerhalb ihrer Heimat wählen können, eingegangen sind, vorliegt, bedeutet einen erfreulichen Sieg für die Linke und die Sozialdemokratie insbesondere.

	Landtagswahl	Reichstagswahl	Gewinn
Sozialdemokratie	30 144	26 554	3 590
Demokraten	7 115	6 221	904
Christl. Gewerksverein	4 651	3 771	780
Bisherige Regierungsparteien			Gewinn 5 264
	Landtagswahl	Reichstagswahl	Verlust
Deutsche Volkspartei	18 817	14 089	4 728
Kommunisten	3 649	3 605	44
Deutschnationale u. Böhmische	22 963	24 069	1 106
Oppositionsparteien			Verlust 2 154

Demnach gewinnen die bisherigen Regierungsparteien über 5000 Stimmen, davon allem die Sozialdemokratie rund 3000. Die antirepublikanischen Parteien verlieren dagegen über 2000 Stimmen.

## Schwindel von links — Verleumdung von rechts.

Eine Moskau-Skizze.

SPD. Amsterdam, 26. Januar. (Sig. Drahtber.)

Die von kommunistischer Seite vornehmlich in der deutschen Presse verbreitete Meldung, daß die Internationale Transportarbeiterföderation der Internationalen Eisenbahnerkongress vorausschließlich nach Moskau einberufen werde, ist glatt erwidert. Nach einem durch das Sekretariat der Sektion Eisenbahnerpersonal der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) veröffentlichten Bericht wird der Internationale Eisenbahnerkongress am 6., 7. und 8. Juni in Bellinzona zusammenzurufen.

Was man selber denkt und tut...

Der Rechten ist im Kampf um die Macht in Preußen jedes Mittel und jede Verleumdung gut genug, besonders, wenn es gegen die sozialdemokratischen Minister geht. Also erfand man zunächst die läppische Behauptung, die Genossen Braun und Severing „Medler“ deshalb an ihren Ministerposten, weil sie noch nicht pensionsberechtigt sind. Diese Erbschaftslegung maghe schon deshalb ihren Zweck verfehlen, weil Braun und Severing nach den preußischen Bestimmungen schon längst pensionsberechtigt sind. Darüber hinaus steht aber fest, daß es gerade der bisherige Ministerpräsident Braun und die übrigen sozialdemokratischen Minister im Kabinett waren, die nach der Abstimmung im Landtag auf dem Rücktritt bestanden. Das hält die „Nationalpost“, das offizielle deutsch-nationale Organ in Groß-Berlin, nicht ab, diese verneinende Behauptung nun weniger gegen den Handelsminister Genossen Seering zu wiederholen. Die Rechtspresse leimt eben nur den politischen Kampf in Form der Verleumdung — trotz aller Ermahnungen des Reichsanzlers Lutz.

## Noch eine Deutschlanddebatte in der französischen Kammer.

Herriot gegen die Chauvinisten.

SPD. Paris, 26. Januar. (Sig. Drahtber.)

Die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer hat sich am Montag mit der Diskussion des Sicherheitsproblems der Frage der deutsch-französischen Beziehungen zugewandert. Als erster Redner dazu sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Fabry, der Chefredakteur des reaktionären „Intransigent“, der die ganze Vormittagsrede mit den wildesten Ausfällen gegen den Reichstag und scharfer Kritik gegen die Politik des Kabinetts Herriot ausfüllte. Fabry vertrat zunächst die These, daß das Sicherheitsproblem für Frankreich nach wie vor ungelöst sei, da von dem im Friedensvertrag vorgesehenen Sicherungen bisher nicht eine einzige verwirklicht sei. Einerseits sei es nicht gelungen, Deutschland zu erzwängen, andererseits sei der Garantievertrag, zu dem England und Amerika sich in Versailles verpflichtet hätten, toter Buchstabe geblieben. Die alliierte Kontrollkommission sei in Deutschland auf systematische Obstruktion gestoßen. Der hohe Wille Deutschlands werde insbesondere durch den Reichswehrminister Seeley und den General von Seeck personifiziert. Der letztere habe es vor allem per-

standen, das deutsche Heer und den Generalstab wieder zu einem gefährlichen Kriegsinstrument zu machen.

Herriot wandte gegen diese Behauptungen ein, daß, wenn Deutschland heute in der Tat die Abrüstungsbestimmungen nicht vollkommen erfüllt habe, die Schuld daran in erster Linie die Ruhrbesetzung treffe, die zwei Jahre lang die Ausübung der Kontrollkommission von Deutschland nicht mehr zugelassen worden sei, sondern daß vor allem auch die dafür notwendige Voraussetzung, die Solidarität der alliierten Kabinette, durch die Ruhrprozedur in die Brüche gegangen sei. Erst als es der neuen französischen Regierung im Sommer gelungen sei, die alliierte Einheitsfront wiederherzustellen, habe Deutschland seinen Widerstand gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle aufgegeben. — Eine neue Intervention Maginots, der nachzuweisen veruche, daß der Besitz der Ruhr der wirksamste Schutz gegen deutsche Vertragsverletzungen auf dem Gebiete der Abrüstung gewesen sei, fertigte Herriot mit der Antwort ab, daß trotz der angeblich strengsten Ueberwachung der deutschen Fabriken im Ruhrgebiet die Firma Krupp in Essen in der Lage gewesen sei, eine große Menge Gewehrläufe zu fabrizieren und nach dem unbesetzten Deutschland zu transportieren, ohne daß die französische Okkupationsbehörde davon auch nur die geringste Kenntnis erhalten hätte.

Fabry setzte seine Rede am Nachmittag fort. Er vertleg sich zu der Behauptung, daß die deutsche Armee heute bereits wieder den Vergleich mit den Vorkriegsverhältnissen aushalte. Die Sicherheitspolizei sei dank ihrer rein militärischen Organisation heute in der Lage, den Grenzschutz an Rhein selbstständig zu übernehmen und so bei einem Konflikt die Mobilisierung der Reichswehr und ihrer Reserven zu beden. Fabry vert weiterhin die These, daß, da die anderen Vorbedingungen für die Sicherheit Frankreichs nicht erfüllt seien, die im Friedensvertrag für das Jahr 1925 vorgesehene Räumung des linken Rheinufers nicht in Frage kommen könne. Die Unterhändler in Versailles hätten den schweren Fehler begangen, zu übersehen, daß dieser Termin der kritische Zeitpunkt für Frankreich sei, das infolge der Stagnation seiner Bevölkerung den inzwischen heranwachsenden jungen Jahrgängen in Deutschland nichts entgegenzusetzen habe. — Der Redner schloß mit einer Reihe an den Ministerpräsidenten gestellter Fragen, darunter der, ob die französische Regierung beabsichtige, die Räumung des linken Rheinufers zu beginnen, wenn Deutschland die von der Kontrollkommission gestellten Forderungen erfüllt haben werde.

## Brantings Rücktritt.

SPD. Stockholm, 26. Januar. (Sig. Drahtber.)

An Stelle des Genossen Branting, der den Posten im Kabinett abgegeben hat, aber weiterhin als Mitglied der Regierung bleibt, ist der Minister Sandier zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der ursprünglich für das Ministerpräsidenten vorgesehene Genosse Thorsjö ist krankheitsbedingt zurückgetreten. An seiner Stelle ist Wierhof zum Finanzminister ernannt worden.

Der neue Ministerpräsident Ritard Sandier steht im 41. Lebensjahr, war als Volksschullehrer tätig, 1917 bis 1918 Redakteur des Göttinger Parteiblattes „Ny tid“, seit 1912 Abgeordneter, seit 1919 im Parteivorstand, 1920 zum ersten mal Minister ohne Portefeuille, 1921 bis 1923 Finanzminister im zweiten Kabinett Branting. Ernst Wierhof ist 1881 geboren, Gymnasiallehrer, Mitglied der Ersten Kammer seit 1919 und im jetzigen dritten Kabinett Minister ohne Portefeuille.

# Das Bergbauproblem.

Das laufende Jahr wird schwere Auseinandersetzungen im Steinkohlenbergbau bringen. Die Stürmischen in Deutschland und England mehren sich. Die Wechselwirkungen von Löhnen und Kohlenpreisen wirken sich mit brutaler Gewalt aus und der Ausgleich erfolgt wahrscheinlich in Form scharfer Arbeitskämpfe.

Deutschland und England führen einen schweren Konkurrenzkampf. In beiden Ländern wird den Arbeitern gesagt, wir müssen unsere Lohnkosten erniedrigen, wenn wir nicht einen Teil unseres Absatzes an den Gegner verlieren und tausende von Arbeitern brotlos werden sollen. Die Löhne der englischen Bergarbeiter richten sich bekanntlich nach den von den Feinden erzielten Ueberschüssen, über die die Bergarbeiter eine genaue Kontrolle haben. Diese Kontrolle fehlt bei uns vollständig. Die Löhne der englischen Bergarbeiter sind wiederum vom Ertrage des Bergbaues abhängig. Sie sind doppelt so hoch als in Deutschland, weil die übrigen Selbstkostenanteile in England erheblich niedriger gehalten werden als bei uns, wo die Inflationszeit noch fortwirkt. Nachdem in den letzten Monaten in England infolge des Rückganges der Kohlenpreise in einer Reihe von Bergwerken mit Zuschüssen gearbeitet wird, ist man drüber zur rückfälligen Einstellung von Bergwerken übergegangen. Die nachfolgenden amtlichen Zahlen des Mining-Departements über Selbstkosten und Preise zeigen, wie durch die Verminderung der Einnahmen infolge Herabsetzung des Kohlenpreises bei gleichem Lohnsatz der Ertrag des englischen Bergbaues gesunken ist:

	1. Quartal 1924	3. Quartal 1924
1. Förderung (in Tonnen)	67 047 657	59 163 976
2. Selbstverbrauch (in T.)	4 184 427	3 699 160
3. Bergmannskohle	1 761 512	1 928 092
4. Wagnis	61 201 718	54 436 824
5. Erlös pro Tonne 20 Schill.	7.80 Penny	10 Schill. 1.80 Penny
6. Selbstkosten an Löhnen (pro Tonne) 12	7.80	8.19
7. Grubenholz und Material (pr. T.) 2	1.88	1.28
8. Sonstiges (pr. T.) 3	2.65	4.11
9. Gesamtselbstkosten (pro Tonne) 17	10.26	13.58
10. Gewinn pro T. 2	0.54	0.22
11. Lohn pro Schicht 10	2.82	10.22
12. Zahl der Arbeiter	1 111 280	1 083 702
13. Leistung pr. Mann u. Schicht	0.852 Tonnen	0.85 Tonnen.

Es ergibt sich folgendes: Die Einnahmen pro Tonne sind um 1.48 Mt. zurückgegangen, der Lohn der Schicht ist um 0.59 Mt. gestiegen, der Gewinn von 2.77 Mt. auf 2 Wfg. gesunken. Diese für uns so unwahrscheinlichen Ergebnisse beruhen darauf, daß die Gewinne der früheren Monate zur Zeit guter Kohlenpreise die Höhe des Lohnes in den späteren Monaten bestimmen.

Die Folge ist, da das Lohnabkommen Mindestlöhne vorseht, unter die man nicht zurückgehen kann, weil sich die Arbeiterschaft dagegen entschieden hat, daß man in viel größerem Maße als in Deutschland die unrentablen Gruben stilllegt. Diese Verhältnisse haben aber auch einen äußerst scharfen Druck der Arbeitgeber auf eine Herabsetzung der Löhne oder eine Verlängerung der Arbeitszeit hervorgerufen:

Die deutschen Durchschnittslöhne sind ca. um die Hälfte niedriger als in England. An der Ruhr werden sie nach den letzten Lohnverträgen schätzungsweise 55 Prozent der englischen Löhne betragen. Gelingt es nun den Unternehmern in England, entweder eine Lohnherabsetzung zu erzwingen oder die Schichtzeit zu verlängern — die englische Arbeitszeit ist heute um 18 Minuten länger als die deutsche mit ihrer „einen Stunde Ueberarbeit“ — so kann eine Preisherabsetzung erfolgen, die dann auch eine Herabsetzung der deutschen Preise erzwingt und zwar so, daß die deutschen Arbeiter überhaupt auf Lohn verzichten müssen, weil nichts mehr für sie übrig bleibt. Denn nach den Angaben der deutschen Unternehmer sind die übrigen Selbstkostenanteile in Deutschland so hoch, daß an Löhnen nur halb soviel wie in England gezahlt werden kann. Deshalb hat nicht allein die deutsche Arbeiterschaft das größte Interesse daran, daß in England keine Herabsetzung der Löhne erfolgt, sondern auch das deutsche Unternehmertum des Bergbaues muß sich darüber klar sein, daß eine in England erfolgende Herabsetzung des Kohlenpreises von ihnen nicht mitgemacht werden kann, weil die deutschen Löhne eine Kürzung nicht mehr vertragen. Man kann eben von einem Lohn, der 11 Mt. pro Schicht beträgt, mehr kürzen als von einem Lohn, der 5.50 Mt. ausmacht. Bei Verhandlungen im Reichstagsrat und an anderen Stellen ist dies ausgesprochen worden. Man hat eine Kommission eingesetzt, um die Durchsichtigmachung der Selbstkosten des Bergbaues in Deutschland zu erreichen. Man will wissen, welche Anteile gegenüber den englischen Selbstkosten übermäßig hoch sind. An Hand dieser Untersuchung wird man ausgleichen können, wie hoch bei uns und in England die Kosten für die leitenden Beamten sind, wie das Verhältnis von kaufmännischen und technischen Angestellten zur Arbeiterschaft ist, welche

Arbeiter in England als Bergarbeiter angesehen werden und welche bei uns usw. Der Lohn der Gärtner, der Chauffeure und sonstigen Hilfskräfte, die mit dem Bergbau nichts weiter zu tun haben, als daß sie in dessen Lohnlisten geführt werden, wird ebenfalls als eine irrtümliche Belastung des Bergbaues angesehen werden müssen. Die Intensivierung des Bergbaues wird auf diese Weise auch dort erzwungen werden, wo bisher die Unternehmer passiven Widerstand leisteten.

Wenn wir in dem erbarmungslosen Preiskampfe, der uns droht, nicht den Kürzeren ziehen wollen, müssen zwischen der deutschen und englischen Bergarbeiterin einheitsliche Lohnverhältnisse hergestellt werden, damit in der Arbeiterschaft beider Länder dem Konkurrenzkampf der Preise die Konkurrenz der Löhne gegenübergestellt werden kann. Es ist sehr schwer, den englischen Bergarbeitern die Notwendigkeit, ihre Löhne und ihre Schichtzeit beizubehalten, beizubringen zu machen, wenn wir bei gleichen Kohlenpreisen und gleicher Leistung so viel billiger arbeiten als sie.

Von der richtigen Beurteilung der Stellung der deutschen und englischen Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in diesem für unsere Wirtschaft überaus wichtigen Kampfe wird nicht zuletzt der Erfolg abhängen. Deshalb sollten alle die Nachrichten, die auf den Aufmarsch der Streikkräfte Licht werfen können, von der Arbeiterschaft genau verfolgt werden.

## Dunkle Ehrenmänner.

### Die Verleumder Auers vor Gericht.

SPD. München, 25. Januar. (Eig. Bericht.) Vor dem Amtsgericht München beginnt am Montag, dem 26. Januar ein Verleumdungsprozess, der rein politischer Natur ist und durch die Ziele, die die Beklagten dabei im Auge haben, das Interesse der breiten Öffentlichkeit beanspruchen wird. Es handelt sich um eine Klage des Gen. Erhard Auer gegen Albert Winter, Richard Kämpfer und Karl Lanzmeier. Die beiden erstgenannten Beklagten schrieben und vertrieben kurze Zeit vor der Reichstagswahl im Mai 1924, bei der Auer für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben Spitzenkandidat der SPD war, eine Flugschrift „Der Fall Auer“, die den Zweck verfolgte, „der Allgemeinheit ein Bild zu geben von dem Manne und der Clique, die heute die Münchener sozialdemokratische Parteiorganisation in Händen hat, von dem Manne, der sich gegen den Mehrheitswillen der Münchener Parteifunktionäre an die Spitze setzt.“ Im eigentlichen Textteil enthält die Flugchrift die schwersten ehrenrührigsten Vorwürfe gegen Auer u. a.: er habe sich durch ein eigenes System von Lügen, Intriguen und Brutalität seine Position in der Partei gesichert und vor allem im November 1918, wo er sich zur Unterdrückung der Revolution mit den Monarchisten verschworen habe, er habe Graf Kroc zum Morde an Eisner gezwungen, habe sich während des Krieges in Nordfrankreich perfidisch bereichert usw.

Die Anwürfe gegen Auer zählen in der Flugchrift nach Hunderten. In wesentlichen Punkten sind es dieselben, die der ehemalige USG-Abgeordnete Wendelin Thomas in seinem Augsburger Parteiblatt schon im Jahre 1920 gemacht hatte und die bereits durch die damals durchgeführte Klage in ihrer Gesamtheit sich als völlig unbegründet erwiesen haben.“ So heißt es in der damaligen Urteilsbegründung, die vom gleichen Gericht und demselben Vorsitzenden (Frank) ausgestellt wurde, welche auch den diesmaligen Prozess führen.

Die hochpolitische Note drücken die Beklagten dem Prozess damit auf, daß sie auf den Munitionsarbeiterstreik 1918 das größte Gewicht legen. Die Ministerarbeit der Reaktion, die im Wagedeburger Prozess aufgedeckt wurde, soll im Prozess Auer fortgesetzt werden. Bezeichnend ist, daß Winter und Kämpfer beim Gericht beantragten, es solle die Akten des Münchener Gewerkschaftsvereins und der Sozialdemokratischen Partei über den Munitionsarbeiterstreik in München einfordern.

Daß der Kampf Winters und seiner Hintermänner nicht in erster Linie der Person Auers, sondern vor allem dem Sozialdemokratischen Partei gilt, erhellt aus einem Brief, den die Beklagten an eine Stelle in Berlin, die mit der Sozialdemokratischen Partei nichts zu tun hat, vor kurzem geschrieben haben. Eine Stelle in diesem Briefe lautet:

„Wir betrachten unseren Angriff auf Auer nicht als eine persönliche Auseinandersetzung, als Parteinterne, die in keiner Weise für die politische Linie der Partei bestimmend seien. Das ergibt sich aus der Formulierung unserer Angriffe, durch die wir den Fall Auer zu einer öffentlichen machen. Die ganze Angelegenheit befindet sich im Stadium der Entwicklung; denn mit dem kommenden Prozess ist sie keineswegs erledigt. Sie wird einen Anstrich bekommen wie der Ebertprozess, nur daß der Fall Auer als bayerischer Fall Ebert einen kriminellen Einschlag hat, der eher zu fassen ist.“

Aus dem hier gesteckten Ziel ist ohne weiteres der Zusammenhang Winters und Genossen mit jenen politischen Gegnern zu erkennen, die in den letzten Monaten den erbittertsten verleumdenden Feldzug gegen die Sozialdemokratie inszenierten und führten.

## Hochkonjunktur in Frankreich.

### Rekordziffern im Außenhandel.

Paris, 24. Januar.

Der französische Außenhandel hat nach der amtlichen Statistik im Jahre 1924 eine Rekordziffer erreicht. Die Einfuhr hat sich auf 56,4 Milliarden Tonnen im Werte von 40,1 Milliarden Francs, die Ausfuhr auf 29,4 Tonnen im Werte von 41,4 Milliarden Francs belaufen. Der Ausfuhrüberschuss beträgt somit 1,3 Milliarden Francs. Gegenüber dem Vorjahre hat die Einfuhr eine Erhöhung von 23 Prozent, die Ausfuhr von 36 Prozent erfahren.

## Volkswirtschaft.

### Eine interessante Generalversammlung.

Generalversammlungen verlaufen im allgemeinen nüchtern und trocken. Eine Ausnahme machte allerdings die Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), die am Donnerstag stattfand. Durch Teilnehmen der Versammlung, unter denen sich auch Vertreter der Arbeiterschaft befanden, wurden Fragen an die Leitung der Versammlung gestellt, die nicht alltäglich sind. So erkundigte sich z. B. ein Aktionär über die Guldhaben der AEG. in England und Amerika. Damit ist eine Frage angeknüpft worden, die für die Beurteilung der Vermögenslage der deutschen großen Konzerne von weittragender Bedeutung ist. Dementsprechend fiel auch die Antwort der Versammlungsleitung aus, die darauf hinwies, daß die AEG. keine Guldhaben in Amerika und England besitzt, aus deren Freigabe ein Vermögenszuwachs zu erwarten wäre. Mit der Antwort kann man natürlich kaum etwas anfangen.

Eine weitere interessante Frage schnitt ein Versammlungsteilnehmer an, der wahrscheinlich Delegierter der Arbeiterschaft war. Er fragte nach den von der AEG. gezahlten Durchschnittslöhnen während des Jahres 1924. Darauf wurde die Antwort gegeben, daß die Löhne der AEG. die Vorkriegszahlung erreicht haben. Wir erlauben uns, diese Bemerkung zu bezweifeln, die besonders in Hinblick auf die hohen und noch immer steigenden Warenpreise wenig Wahrscheinlichkeit hat.

In einem volkswirtschaftlichen Expose führte der bekannte AEG-Mann Dr. Deutsch aus, daß die elektrotechnische Industrie eine kräftige Belebung erfahren hat. Produktionstechnisch wandte er sich gegen die Banden mit der Behauptung, daß für eine Imitation des Ford-Systems in Deutschland nicht der genügende Warenmarkt vorhanden ist. Dieses Urteil scheint in hohem Maße berechtigt, trotz der günstigen Erfolge, die u. a. die Deutschen Werke u. G. mit der Bandenindustrie erzielt hat. Im übrigen befürwortete Deutsch eine Verbilligung der Produktion durch weitere Konzentration. Wo eine Verbilligung nicht möglich sei, müsse unbedingt zu Produktionsgemeinschaften gegriffen werden. Die Ausführungen Deutschs werden wahrscheinlich für die Neugliederung der deutschen Industrie programmatischen Wert haben.

Der Ueberfluß aus dem Rechnungsjahre 1923/24 in Höhe von rund 7,2 Millionen Mark wurde zur Ausschüttung einer Dividende von fünf Prozent benutzt. Mit dem Dividendenlegen waren einige Aktionäre nicht einverstanden. Sie argumentierten mit ganz richtigen Fragen, z. B. erklärte einer, und wir können dieser Forderung nur beitreten, eine größere Offenlegung der gezahlten Ausschüttungs-Lan-tiemer. Ein anderer Aktionär konnte es sich nicht reitnen, auf die riesigen stillen Reserven der AEG. hinzuweisen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz.  
Für: Greifhauer, Lübeck und Geulleton Hermann Bauer.  
Für: Inzerator: Carl Luidhard.  
Verleger: Carl Luidhard. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Während des Umbaues alle  
Jahre und  
Knochen-Schmelzung  
bedeutend im Preise ermäßigt  
Vigilla & W. Lüßmann  
Erstes größtes Spezialhaus am Platze 1276

## Hilde Lichtwart

### Tage einer entwurzelten Jugend.

Von Richard Lohmann.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Korl Hilt war einigermaßen überrascht, als er schon wieder eine Schreibung vom Gericht erhielt. Während zerknüllte er's, als er den Inhalt las. Vernehmung — er kannte das. Da zog so einer wie er immer den kürzeren. Das war bloß darauf angelegt, einen Vorwand zu haben. Da ging er gar nicht erst hin.  
Aber dann hatten sie erst recht einen Vorwand. Nein, den Gefallen wollte er ihnen denn doch nicht tun. Was wollten sie ihm auch jetzt anhaben! Aus dem Gefängnis heraus hatte er doch sicher nichts verbüßen können! So etwas konnten nicht einmal die in Witthöft zurechtfinden!  
Als er's Hilde erzählte, wurde sie leichenblau. Aber nur einen Augenblick lang. Dann lachte es ihr rot in die Schläfen hinauf: Da ließ sie ihn nicht hingehen. Nicht wieder hingehen. Nicht allein hingehen. Da wollte sie mit.  
„Was willst du da! Sie lassen dich ja doch nicht mit hinein. Und was willst du sagen, wer du bist.“  
Vergeßliches Zurückdrängen. Was hier in Hilde emporkam, das war ja doch nicht Neugier. Nicht Besorgnis. Nicht Kameradschaft. Das war etwas, das bisher unbewußt, zurückgehalten, irgendwo geschlummert hatte — und das nun plötzlich aufgeschreckt sie ganz erfüllte, sie unwiderstehlich hinriß — da gab's kein Ueberlegen, kein Wenn und kein Aber. Das war so. Und das mußte so sein.  
Korl Hilt erstaunte. Verstand es nur halb. Aber in ihm selber lag etwas angehäuft, in das die Flamme nun prasselnd hineinschlug.  
\* \* \*  
Weich und warm schmeichelte sich der Mittag zwischen Düne und Deich, als die beiden in der Frühe nach Witthöft wanderten. Aus den Fenstern steckte es die Köpfe heraus: Die wenn sie zueinander gehörten, schritten sie da oben auf dem Deich längs. Angewohnt und unbescholtener der eine — und doch mit einem Schein von Stolz. Selbstverständlich und sicher die andere: es mußte so sein — was scherten sie die Leute!  
In Witthöft ging das sehr ernst und feierlich zu. Nie läßt

sich der Mensch ja so klein, als wenn er auf die Polizei oder das Gericht geladen ist. Höchstens noch beim Kommiss. Und das Prinzip ist immer dasselbe: Warten lassen. Ohne Grund. Ohne Bewußt. Nur der wartende Mensch wird sich seines Unwertes bewußt. Des Unwertes menschlichen Daseins überhaupt. Erst braucht das noch dagegen auf. Fragt nach Warum und Wieso. Aber dann — noch immer warten müssen — noch immer — da wird der Mensch so klein. So klein.  
Hilde hielt getreulich neben Korl Hilt aus. Stunde um Stunde. Und als er dann endlich hereingerysen wurde, da kam das Schlimmste. Dies Wartenmüssen allein. Dies Bangen. Dies Ungewißsein.  
Krug und quer fragten sie ihn derweile aus. Sprach kein Wort zuviel. Ließ den andern da reden. Kombinieren, Phantastieren. Wußte von nichts.  
Eine halbe Stunde mocht's gedauert haben. Hilde schien es viele, viele Stunden. Sie hätte aufschreien mögen vor Glück, als er endlich wieder draußen war. Sie hatte es sich schon fest, so fest vorgekommen: Wenn sie ihn nicht wieder hinausgeschaffen hätten, dann wäre sie hineingestürzt — kein Gendarm, kein Polizeidiener hätte sie halten sollen — denen hätte sie...  
Korl Hilt war wieder da — frei — unbehelligt.  
Und nun?  
Mittag war vorüber. Im Krug schräg über dem Marktplatz kehrten sie ein. Miteinander, als wenn es so sein müßte.  
Die ersten Badegäste sahen schon in der Schenke. Betrachteten neugierig das ungewohnte Paar, das sich da an den Fenstertisch setzte. Den stämmigen Fischer im Festtagsrod, dem der niedrige weiße Krug sichtbar unbehaglich am braunen Hals hinaufdrückte, und das schmieglame, schneige Mädchen mit dem dunklen, wuschligen Haar und den suchenden Augen. Die beiden kümmerte es nicht. Sie sahen und sahen, suchten Worte, froden, schwiegen. Die Sonne spielte kandelnd über den Tisch. Locke und lächelte. Den beiden aber war gar nicht lustig zumute. Feierlich, ängstlich fast. Erwartungsvoll, wie wenn Luft in Sonnenglut dem Wetter entgegenjittert.  
Das war zu schwer auszusprechen, was in ihnen rang. Auch ein anderer als Korl Hilt hätte da das Wort wohl nicht gefunden. Das Wort, das wirklich alles gesagt hätte. Nicht um ein Geständnis ging's ja — zu gestehen hatte eins dem andern nichts mehr, das fühlten sie beide. Nein, um den Ausdruck dessen, was war. Um die letzte Enttarnung der Leidenschaft, die noch ein Rest von Fesseln band.

So ward das ein schweigender Heimweg.  
Spätnachmittags am Frie in Dienterfen taltete Korl Hilt auf, und sie fuhren ein Stück hinaus, hinter der Sandbank längs, in den warm herüberströmenden Abend hinein.  
Langsam sank der graue Mantel über See und Sand und Deich. Da ließen sie das Boot ganz hinten bei den verlassen Dünen an Land treiben. In wortlosem Sich-Einschließen.  
Bläuliche Schatten schoben sich in die Dünen hinein. In die Mulden senkte sich dunkelvioletter Samt. Ein letztes tiefes Atmen webte darüber hin. In selbem Zittern zog es durch das Dünen-gras.  
Da sprengte in wildem Erschauern unbändige Liebe das letzte Band.  
XII.  
Der Sommer geht zu Ende. Die Badegäste sind fort, bis auf ein paar Unentwegte und Einspänner, die der September an die See lockt. Nie hat geschrieben: sie will Wort halten und in längstens vierzehn Tagen in Dienterfen sein.  
Freudig — ja freilich, freudig — wartet Hilde auf den Tag. Aber zum ersten Male mißt sich in die Freude eine mädchenhafte Scheu. Dieses Sichausprechen! Wo sie den ganzen Sommer über in ihren Briefen und Kartengrüßen darum herumgegangen ist. Herumgehen mußte, weil sich so etwas ja gar nicht schreiben läßt. Sie hatte es versucht, aber jedesmal das Papier in Hundert Fetzen zerrissen. Wie nüchtern so etwas geschrieben aussieht — wie unverständlich — wie unwahr! Aber wenn man's nun sagen will, erzählen will — da muß man ja auch Worte finden für Dinge, die sich gar nicht in armselige Worte pressen lassen! Es ist schon richtig: ein wenig hange ist ihr vor diesem Sichaus-sprechen doch!  
Und trotzdem sehnt sie sich danach. Sie möchte ja nun bald eine Entscheidung treffen.  
Wenn sie nur ein knappes, knappes Jahr älter wäre! Da wäre das ja so leicht. Die Entscheidung für sich hat sie längst, längst getroffen. Schon damals in der Maitnacht zwischen den Dünen.  
Aber jetzt, ehe sie einundzwanzig ist, hat der Vormund da noch dreinzureden. Wird der ja sagen? Er müßt's wohl. Aber soll sie ihm etwa beistehen und befehlen? Demütig tun, wo sie so stolz, so stolz ist? Betteln, wo sie fordern, fordern kann vom Leben?  
(Schluß folgt.)

Fernruf 1359 u. 8956 **Zentral-Theater** Johannisstraße 25  
 Ab Dienstag, den 27. Januar bis 2. Februar:

# Eine von vielen!

Der Roman einer Courtesane. — Manon, die Dame von Magin.  
 5 tragische Kapitel aus dem Liebesleben einer galanten Frau  
 In der Hauptrolle: **Alla Nazimova — Rodolfo Valentino**

Ein Film, der uns in die Höhen und Tiefen des Lebens blicken läßt.  
 Im Mittelpunkt eine Frau, jung, raffig, mit hellem Blut . . . .  
 Eine von vielen, die da abirren vom Wege bürgerlicher Moral — von Genuß zu Genuß taumeln . . . bis sie am Wege liegen bleiben . . . .

Was der Regisseur Ray Smalwood an Gesellschaftsformen, an dekorativer Eleganz u. mondänem Parfüm verspricht, das ist wohl schon geeignet, auch einen blasierteren Zuschauer zu interessieren. . . . Alla Nazimova ist die Trägerin der Titelrolle. Ihr Spiel ist temperamentvoll, erregend u. faszinierend. Daß sie mit einer großen Reihe Toiletten prunkt, braucht nicht ausdrücklich betont zu werden. Ihr Partner Rodolfo Valentino ist d. Liebling d. Amerikanerin.  
 Vom Baume des Lebens ein fallendes Blatt — vertrocknet, vertrocknet . . . Eine von vielen!

Außerdem:  
**Das prachtvolle Drama**

## Beleuchtet der Tiefe

Ein Film der Gegensätze — zielbewußte Arbeit — Genußsucht, Liebe — Daß. Hervorragend gelungene Bergwerks- und Natur-Aufnahmen umrahmen die Bilder aus dem Gesellschaftsleben. Der Bau des Staudammes, der Wassereinbruch in das Bergwerk, der Kampf der Bergleute mit dem Elemente sind überzeugend dargestellt

## Alles um Geld

Beginn der Abendvorstellung 8,10 Uhr (1815)

### Mieter gewerblicher Räume

die auf Grund der am 1. Januar 1925 in Kraft getretenen Senatsverordnung mit der Miete gesteigert oder gekündigt worden sind, wollen ihre Namen mit näheren Angaben an den unterzeichneten Verein mitteilen, auch Nichtmitglieder.  
 1207) **Mieterschutzverein e. V. Lübeck, am Burgtor**

**Zigaretten  
 Zigarren**  
**C. Wittfoot**  
 Ob. Huxstr. 18

Ich zahle die allerhöchsten Preise für  
**Felle**  
 und (1277)  
**Haare**  
 Josef Wagner Tel. 3414  
 Jankwitzer 26 Holstenstr. 8  
 Beste Absatzquelle für Händler und Private

**Patentmatratzen  
 Aufklappmatratzen**  
 werden in jed. Größe angefertigt (1272)  
 Aufklapp von 9,50 M an  
**Gebrüder Heftl,**  
 Untertrave 111/112  
 1. Stof. kein Laden  
 2. Gg. v. d. Holstenstr.  
 Helt. Spez.-Gesch.

### Alleinvertrieb der Schultheiß-Patzenhofer Biere

in Fässern, Flaschen und Siphons  
**Brauerei Hans Wilcken**  
 Lübeck, Engelswisch 19  
 1275

Seitler zahlt 100 Mk. wenn „Niesolda“ nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Fuß-, Kleider-, Fische (Brut) vertilgt. Keine Wange mehr vor bei einmaliger Anwendung von „Niesolda“.  
**Läuse**  
 Verkauf nur Regimentsstraße 4 (1278)

Hiermit empfehle ich den Bewohnern von  
**Schwartau und Umgegend**  
 in die Reparaturwerkstatt für  
 Fahrräder und Kraftfahrzeuge  
**F. Henck,** Bad Schwartau  
 Lübecker Str. 54  
 gegenüber Honigwerde (1289)

**Reparaturen**  
 von Nähmaschinen, Grammophonen und Sauerhoff-Ventilen werden schnell und billig angeführt.  
**Paulstr. 18 L. Danielson Paulstr. 18**

**Fledermaus**  
 Heute Dienstag  
 Die herrliche Dekoration  
 Das sensationelle Programm  
 u. a.: **Vally Marely**  
**3 Valeskos 12 Essmanoffs**  
 Ferner: 1295  
**??? Nikita ???**  
 Kleinster u. größter Artist seines Faches  
 Während u. nach der Vorstellung **TANZ**  
 Morgen **Heiterer Familien-Abend**  
 Mittwoch: **30 Pfennig**  
 Eintritt: auf allen Plätzen!

**Prima frische Ochsenleber No. 55**  
 Frisches Rindfleisch . . . . . Pf. 60-  
 St. Bad 60-  
 Rindfleisch Pf. 60-  
 Kammelfleisch Pf. 70-  
 Nieren . . . . . Pf. 60-  
 Herzen . . . . . Pf. 35-  
 Getohte Leber 1.20  
 Süßl. frische Bratwurst 90-  
**O. Stöver,** Wahnstraße 22 (1287)  
 Telefon 2133

**Der  
 Frauenroman!**  
 Rinde Lichtwerk  
 von **Richard Lohmann.**  
 Preis 250 M.  
 Buchhandlung  
**Ed. Boltsbath**  
 Johannisstraße 44

**Sie die Käse:**  
 Seife Riegel 17 u. 20  
 3 Riegel 50 u. 55  
 Delfeife . . . . . Pf. 29-  
 Soda . . . . . Pf. 5-  
 Stärke . . . . . Pf. 5-  
**Sehr zu empfehlen:**  
 Pfeffer . . . . . 45-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
 Pfeffer . . . . . 30-  
**Eduard Speck**  
 Huxstraße 80/84



**Tarlatans** in vielen Farben . . . . . Meter **40-**  
**Münzen** gold und silber . . . . . Dutzend **10-**  
**Sterne** gold und silber . . . . . Dutzend **18-**  
**Lahnband** alle Breiten, gold u. Silber, Mtr. 20 bis **4-**  
**Ballschals** Kunstseide . . . . . 0.75 und **2.75**  
**Hüte für Maskenkostüme** . . . . . von **25-** an  
**Masken** in schwarz und farbig . . . . . von **50-** an  
**Stöcke und Schirme** . . . . . von **45-** an  
**Blumen** zum Anstecken und Blasen . . . . . von **45-** an  
**Luftschlangen, Konfetti**  
**Radau- und Scherzartikel**

# Karstadt

**Boxen!**  
**Das „Ereignis für Lübeck“**  
 am 29. Januar 1925, abends 8 Uhr, im Kolosseum  
**II. Vorrunde und I. Zwischenrunde**  
 um die 1805  
**„Norddeutsche Meisterschaft“**  
 Norddeutsche und deutsche **Lübecker Sportverein von 1913**  
 Meister im Ring! **Box-Abteilung**  
**Boxen!**

**Kolophon**  
 1271  
 Morgen **Ope. Bull** **Ballmusik:**  
 Mittwoch **Das verstärkte**  
**Richard-Wagner-Orchester**  
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr **Inh.: H. Reck**

**Verband der  
 Gemeinde- und  
 Staatsarbeiter.**  
 Filiale Lübeck  
**General-  
 Versammlung**  
 Mittwoch, 28. Januar,  
 abends 7 1/2 Uhr,  
 im **Gewerkschaftshaus**  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung,  
 2. Jahresbericht,  
 3. Vorstandswahl,  
 4. Bericht vom Orts-  
 ausschuss,  
 5. Bericht vom Gewer-  
 schaftshaus,  
 6. Verschiedenes  
 Büchertontrolle!  
 1816) Der Vorstand

**Luisenlust**  
 1274  
 Mittwoch: **Gr. Sanatranachen** Eintritt u. Tanz frei

**Neuer Grund-  
 eigentümer-  
 Verein**  
 u. Zweck u. Umgegend  
 von 1919 e. B.  
 Am Mittwoch, 28. Jan.,  
 abends 8 Uhr, in den  
**Zentral-Hallen**  
**Generalversammlung**  
 Z.-O.: Jahres- u. Kassen-  
 bericht, Wahl der aus-  
 scheidenden Vorstands-  
 mitglieder, Verschie-  
 denes. Beitragsfelli-  
 gung für 1925 (1290)  
 Der Vorstand  
 Freiwillige  
**Frauen-Sterbekasse**  
 zu Lübeck  
**General-  
 Versammlung**

**STÄDTISCHES ORCHESTER**  
**Volkstümliches Konzert**  
 Freitag, den 30. Januar  
 abends 7 1/2 Uhr  
**im Gewerkschaftshaus**  
 1297) Leitung:  
**Generalmusikdirektor K. Mannstaedt**  
 Solist:  
**Konzertmeister Karl Kunchat**  
 Karten à 0.50 M. im Gewerkschaftshaus  
 und den Verkaufsstellen: Zigarrenhand-  
 lungen Buse, Borchert (Breite Straße),  
 Barnekow (Hüxterdamm), und den  
 Warenabgabestellen des Konsumvereins

**General-  
 Versammlung**  
 Donnerstag, 29. Jan.,  
 abends 8 Uhr,  
 im **Gewerkschaftshaus**  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom  
 verflorenen Jahr,  
 2. Vorstandswahl,  
 3. Verschiedenes  
 Um recht zahlreiches  
 Erscheinen ersucht (1290)  
 Der Vorstand

**Janus-Theater**  
 Dienstag, 27. Jan.  
**Groß-Kampftag**  
 2 Entsch.-Kämpfe:  
 Beglitten von van Riel  
 Leskinowicz 1290  
 gegen Warjak  
 Varieté 8 Uhr  
 Ringkampf 9 „

**Adlershorst**  
 Morgen Donnerstag: (964)  
**BALL!**

Gas ebm 19 Goldpf., Lichtstrom khw 60, Kraft-  
 strom 27, Wasser ebm 15/30, heizbare Räume mit  
 Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (1298)

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 27. Januar.

### Glaubt nicht!

Glaubt nicht, was fromme Dichter schwärmen, von Welterlösung durch Edelmenschtum, Wunderwerke, daß allen Wiederlingen die Augen schwimmen vor gerührter Begeisterung!

Nein! Die Wirklichkeit ist hart und fordert feste Kräfte. Schwestern Liebe mag lindern! Aber Not des Hungers, Kampf der Gegner überwindet nicht Weichmütigkeit; sondern allein die nüchternen Genossen: Besonnenheit und Arbeit.

Müller-Wolf.

riums (Postfachkonto 38200 beim Postfachamt, Berlin NW. 7) zum Preise von 2,40 RM. bestellt werden.

wb. Stadthallen-Vorstellungen. Rund im Kreise" kommt aus Amerika zu uns, obwohl es eine ganz hervorragend und prächtige, meisterhafte Regieleistung unseres Ernst Lubitsch ist, der den amerikanischen Filmwunder darin etwas beibrachte, in dem sie bisher nicht mit ihren deutschen Kolleginnen konkurrieren konnten. Der Film bringt die Geschichte eines jungen Nervenarztes, den eine tolle, nervöse, liebeshungrige Professorin — noch dazu die beste Freundin seiner eigenen Frau — gern haben möchte. Mit einer beispiellosen Hartnäckigkeit und unter Anwendung intrigantester Schliche sucht sie den begehrten Mann an sich zu fesseln. Aber dieser bleibt standhaft. Seine Ehe ist zu fest gebunden. Schließlich wird aber der Professor seine leichtsinnige Frau doch los. Sie wird von dem Kollegen des Nervenarztes gewonnen, nachdem auch dieser bei der Frau des Fremdes eine Abfuhr erlitten. Alle die kleinen Einfälle sind auf das sorgfältigste durchgearbeitet. Die Darsteller Marie Prevost (als tolle Dame), Florence Vidot (als eifersüchtige Ärztin), sowie auch die Träger der Rollen und die des Professors spielten famos. Auch der zweite Hauptfilm: „Die Katastrophe auf Zschöck" ist amerikanisch. Außerordentlich tüchtige technische Leistungen paaren sich hier mit übertriebener Prämiosität, die den deutschen Zuschauer fast läßt. Nach diesem Bildern führt man in Amerika mit offenen Grubenlichtern in die Kohlenzechen und bei der Arbeit in den Stollen werden Zigaretten geraucht. Ist dann eine Explosion schlagender Wetter ein Wunder? Alles Unglück aber wird gebannt durch inbrünstigsten Beten und den christlichen Glauben. Sogar Stimme bekommen ihre Sprache durch ein wunderkräftiges Gebet des jungen Geistlichen, dessen Vater einst im selben Bergwerk verunglückte, wieder zurück. Und die Hartnäckigkeit der Zechenbesitzer schmilzt wie der Schnee an der Sonne. Sie bewilligen alles. Wie schon oft bei solchen Gelegenheiten von uns bemerkt wurde: Diese Sentimentalität will man in Europa nicht. Die Regie war aber auch hier technisch meisterhaft, das Bergwerk naturwahr. Die Massenfiguren der Frauen und Kinder vor der Zeche erinnerten an das Unglück von Radbod bei Hamm im November 1912. Ein zweifelhafte Lustspiel „Jungfrauenwettbewerb" wirkt sehr humorvoll und die Duelle-Wochenwörter bringt neben einer Besichtigung des Montblanc, eine Schneeschuhfahrt des amerikanischen Pacific-Expressezuges, der heimliche Massen von Schnee zu überwinden hat.

Internationaler Meisterring-Kampfstreit im Hansa-Theater. Den Reigen der geistigen Kämpfe eröffnete Lestiniowicz-Kußland gegen Urbach. Urbach ging derb ins Zeug und ließ Lestiniowicz stark zu, ohne bei dessen Kraft und meisterlicher Technik aber starken Eindruck zu machen. Lestiniowicz wurde in jedem Augenblick den Situationen gerecht; seine Paraden waren ebenso glänzend wie seine Angriffe. Es war ein vollkommen ausgeglichenes Ringen, nur Urbach war einige Male bei seinen Angriffen unglücklich, was ihm zwei Verwarnungen eintrug. Nach 20 Minuten mußte der Kampf als unentschieden abgebrochen werden. Einen unerwartet schnellen Ausgang nahm der Entscheidungstampf der beiden Weltmeister van Riel-Holland und Steurs-Belgien. Nach zirka 9 Minuten scharfen Kampfes legt der Holländer seinem Gegner einen mit außerordentlicher Wucht gezogenen Hüftschwung an. Steurs kommt für einen Moment auf die Schultern, aber da der Fall nach dem Zuschauer-

raum hin erfolgt und die Bühne nach vorn stark abfällt, so überrollen beide. Dadurch kommt Steurs wieder nach oben und hat das Glück, seinen Gegner auf beide Schultern niederbrücken zu können. Im freien Ringkampfe siegte Reglien nach 12 Minuten durch einen Doppel-Beinzug. Als ich rang mit allen Einzelnen und war einige Male brutal, konnte aber gegen Reglien nicht aufkommen, der ihm technisch überlegen ist. Heute finden zwei große Entscheidungskämpfe statt, nämlich zwischen van Riel und Reglien und zwischen Lestiniowicz und Barjat.

pb. Zu der Messerketzerei in der Leberstraße wird noch berichtet: Am 18. ds. Mts. wurde der Arbeiter Müller, geb. am 8. 7. 01 in Lübeck, wohnhaft Burgdorferstraße, festgenommen, weil er am 21. Dezember v. J. bei einem Streite in der Zentralherberge in der Leberstraße den dort als Bismarck beschäftigten Händler Georg Beck, geb. am 28. 3. 94 in Roscod, durch einen Messerstich in den Rücken derartig schwer verletzt hatte, daß Beck sich längere Zeit in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mül-ling war am nächsten Tage nach seiner Festnahme entlassen, trieb sich wieder in hiesiger Stadt umher. Sonntagabend gegen 8.15 Uhr wollte die Herbergswirtin Frau Reimers und deren Tochter, die gleichzeitig die Braut des Beck war, ihren Hund auf die Straße führen. Als sie Mül-ling auf der Straße stehen sah, vor den sie sich wegen seiner Gewalttätigkeit fürchteten, riefen sie Beck zu ihrem Schutze auf die Straße hinaus. Dort geriet Beck und Mül-ling sofort wieder in Streit, im Verlaufe dessen Mül-ling dem Beck mit einem Messer die linke Wade aufschnitt und ihm außerdem einen gefährlichen Messerstich in der Nähe des rechten Schenkelbeines bezw. rechte Halsseite beibrachte, an dessen Folgen Beck vermutlich zwei Stunden später verstarb. Der Täter war zwar schuldig, doch konnte er durch die eifrigen Ermittlungen der Kriminalpolizei bei einer Tauschmüß in den Zentralhallen festgenommen werden.

pb. Schwere Strafe wegen falscher Anschuldigung. Im November v. Js. erstattete ein in der Fiegestraße wohnhafter Arbeiter Anzeige gegen seine Einwohner wegen Diebstahls. Es stellte sich bald heraus, daß die Anzeige offenbar wider besseres Wissen gemacht worden war. Als daher gegen den Arbeiter vor dem Schöffengericht die Hauptverhandlung stattfand, wurde er zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. In der Hauptverhandlung betief er sich auf einen bei St. Johannis wohnhaften Freund, der während eines Besuches bei ihm den von dem Angeklagten gestohlenen Tatbestand gesehen haben will. Dieser Zeuge beand sich scheinbar ganz zufällig im Zuhörerraum, während der Erörterungsverhandlung. Als Zeuge hervorgehoben und verurteilt, bestritt er zur Hauptsache die Angaben des Angeklagten, geriet aber wegen seiner Aussage in den dringenden Verdacht des Meineides und wurde verhaftet.

### Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Kensfeld. Sozialdemokratische Parteimitting findet die nächste Frauenversammlung am Mittwoch, dem 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, statt.

k. Schönberg i. Mecklb. Kaisergeburtstagsfeier in der deutschen Republik. Der Krieger- und Kampfgenossenverein hier selbst feierte am Sonntag in „Hofes Gesellschaftshaus in Verbindung seines 41. Stiftungsfestes den Geburtstag Kaiser Wilhelm II. von Holland. Festredner war der Volksparteiler Rechtsanwalt Hall, der ausführte, daß ein solches Gedenken die Kameraden am heutigen Abend zusammengeführt habe: an den Kaiser Wilhelm II., der am 27. Januar seinen Geburtstag feierte, an den Kriegerverein, der vor 41 Jahren 59 Minuten gegründet wurde, und endlich das Gedenken an den Reichsgründungstag. Am Schlusse seiner großangelegten „preussischen" Rede ließ der Festredner in Ermangelung eines deutschen Kaisers das deutsche Volk hochleben. — Bedauerlich ist hierbei, daß sich immer noch freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter finden, die solchen Militärvereinszummel durch Mithilfe und Besuch unterstützen.

k. Schönberg i. Mecklb. Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei unter politischem Schutze — Aussicht! — Am Sonntag fand hier eine Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Hotel „Stadt Lübeck" statt, die außer von einem Duzend Mitglieder noch vom Geschäftsführer dieser Partei, Dühring-Lübeck, sowie von — drei im vollen Maße prägnanten „Landjägern", eine neuerdings eingeführte Bezeichnung für Gendarmen im mecklenburg-streitigen Lande — und arsgerechnet einem Pa-

## Große öffentliche Volksversammlung

am Donnerstag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus

Rechtsblat — Arbeitererrat der K. P. D.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Leber

## Deutsche Malerei der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

3. Vortrag von Museumsdirektor Dr. Heise. „Arnold Böcklin".

Herr Dr. Heise begann seine Ausführungen mit einem Hinweis darauf daß von allen deutschen Künstlern des 19. Jahrhunderts Böcklin der am heißesten umstrittene sei, auch heute noch. Um das zu verstehen, sind einige entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen unerlässlich. Das 19. Jahrhundert ist zunächst — so vor allem auf der Berliner Jahrhundert-Ausstellung 1906 — vom Standpunkt des Impressionismus aus gesehen worden, als eine gradlinige Entwicklung einer immer durchgebildeteren Naturanschauung, die in der damaligen Gegenwart ihren Höhepunkt erreichte. Auch in der Münchener Ausstellung des letzten Sommers wirkte diese Auffassung noch nach. Würde eine junge Generation heute eine retrospektive Ausstellung der gleichen Epoche veranstalten, so würde sie leicht in den ehtgegenseitigen Fehler verfallen: Die Kunst der bisher verachteten Nazarenen vom Anfang des 19. Jahrhunderts unterstreichen, Schwund und Richter zu Ehren bringen und vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die drei großen Deutsch-Römer Böcklin, Feuerbach und Marées, als die entscheidenden Träger der Entwicklung hinstellen. Ein prophetisches Wort Heinrich Böcklins von 1897 bei einer Festrede zum 70jährigen Geburtstag Böcklins scheint heute in Erfüllung zu gehen. Er sagte, daß die Kunst des großen Walter Meisters erst recht in ihrer historischen Bedeutung bekannt werden dürfte, wenn die entscheidende Abrechnung mit der gewaltigen Macht des Impressionismus anbrechen werde, während völlige Negation des Schaffensweise Böcklins darstelle. So, meinte Dr. Heise, sei heute erneut die Stunde Böcklins gekommen.

Daß Böcklin gegen die naturalistische Bewegung seiner Zeit so erstaunlich sicher und unbeirrt seinen eigenen Weg hat gehen können, liegt nicht zuletzt daran, daß Deutschland immer das Land der Gedankenfreiheit gewesen ist. Seine Kunst ist eine rein deutsche Angelegenheit. Es kommt hinzu, daß er im Gegensatz zu Marées und Feuerbach eine naive, einheitliche Natur war, sinnlich-vollblütiger, hinreichend temperamentvoller als alle Gedankenkünstler vor und nach ihm, jedoch er es verstanden hat, auch Widerstrebendes zu überzeugender Einheit zu verbinden. Dennoch müssen wir uns über darüber sein, daß Böcklin die Menschen nicht in erster Linie als Maler gewonnen hat, sondern als lebensfähig-heiterer Lebensdenker als Musiker, Poet und Philosoph. Er hat die Lebensbegriffe seiner Zeit in monumentale Formen ge- kleidet. Das haben langsam auch seine Gegner anerkannt. Start

aber sind bis heute die Einwände gegen seine Malerei geblieben, sein künstlerisches Handwerk. Gewiß mußte den Meinairisten und Tonmalern etwa Beibl und seinen Münchener Freunden, Böcklins ganz auf scharfe Kontraste und leuchtende Lokalfarben gestellte Malerei als barbarisch erscheinen. Meier-Graefe, der Bann-träger des Impressionismus, hat denn auch in seinem auffiehererregenden Buch „Der Fall Böcklin" die Entwertung des Künstler als einen einzigen katastrophalen Niedergang einer ur-sprünglich bedeutenden malerischen Begabung bezeichnet. Aber das ist die Einstellung des Parteigängers. Heute, wo uns die Malerezepte des abklingenden Impressionismus nicht mehr so wichtig sind, wie der vorigen Generation, bewundern wir in Böcklins Kunst den Stimmungsgehalt der Farben, die oft bis zu höchster Monumentalität gesteigerte Ausdruckskraft der Form, die Erweiterung des subjektiven Erlebens zum ästhetischen Sinnbild. Das sind stärkere und bleibendere Werke als die Bildinhalte selbst, Darstellungen einer morbiden Naturromantik, die langsam zu veralten beginnen. Seine Kunstsprache ist mehr als die der Impressionisten, der jüngsten Generation verwandt. Kolde läßt sich entwicklungsgeschichtlich leichter an Böcklin anschließen, als an Liebermann.

Das Leben Böcklins war stürmisch bewegt wie seine Kunst. Er beginnt mit heroischen Landschaften und noch bis zu seinem 40. Jahre untercheidet er sich nicht grundätzlich von der Kunst der Landschaftsmaler vor ihm, 1875—1885 ist das fruchtbarste Jahrzehnt seines Lebens, das er in Florenz zubringt, wie denn überhaupt seine Kunst durch die Eindrücke Italiens bestimmt ist. 1827 ist er in Basel geboren, 1901 stirbt er im selbstgebauten Heim in der Nähe von Fivole bei Florenz.

Die reiche Folge der Lichtbilder brachte manches weniger bekannte Werk des Künstlers und riefte vor allem die formal großartigeren, einfacheren Bildgestalten der frühen achtziger Jahre in den Vordergrund, zu denen auch das lebensgroße Bild „Ruggero befreit Angelica" gehört, das ehemals zur Sammlung Binde in Lübeck gehörte und jetzt ein Hauptwerk der Düssel-dorfer Kunsthalle ist.

### Verkäufte Ehescheidungen.

Einen wichtigen und leider sehr unerfreulichen Beitrag zur Sozialgeschichte unserer Zeit bietet die Ehescheidungsstatistik, die zum ersten Male in größerem Umfange in dem vor einigen Wochen erschienenen 20. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen" enthalten ist. Wenn auch das hier gebotene Material sich auf Preußen beschränkt, so läßt es doch eine Ent-

wicklungslinie erkennen, die eine gewisse Allgemeingültigkeit gewinnt. Schon lange vor dem Kriege ist von Jahr zu Jahr eine erhebliche Zunahme der Ehescheidungen erfolgt. Die Zahl der Ehescheidungen ist von rund 6000 im Jahre 1905 auf rund 11 000 im Jahre 1914 gestiegen. In den Kriegsjahren ist naturgemäß zunächst ein Rückgang erfolgt, doch schon gegen Ende des Krieges macht sich eine erneute Steigerung bemerkbar, die denn in den folgenden Jahren einen geradezu erschreckenden Grad erreicht. Gegenüber 8500 Ehescheidungen im Jahre 1918 stehen über 13 300 im Jahre 1919 und 23 711 im Jahre 1922. Für die beiden letzten Jahre liegen noch keine Zahlen vor, doch dürfte die Zahl kaum ändern. Wir haben also, wenn wir die starke Verfeinerung des preussischen Staates gegenüber der Vorkriegszeit durch den Friedensvertrag herüdsichtigen, 1922 eine Steigerung der Zahl der Ehescheidungen um rund 80 Prozent gegenüber 1919 und um über 300 Prozent gegenüber 1905.

Die Entwicklung in der letzten Kriegszeit weist ein Ueberwiegen der Schuld der Frau auf. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Prozentfuß der für schuldig erklärten Frauen bedeutend gestiegen, und die Zahl der von Frauen begangenen Ehebüche, die zur Scheidung geführt haben, hat eine Erhöhung um 70 Prozent erfahren. In den letzten Jahren jedoch hat sich das Verhältnis wieder zuungunsten des Mannes verschoben. Bei einem anderen Scheidungsgrunde dagegen (schuldhafte Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses gemäß dem vielmehrstrittenen § 1568 B. G. B.) ist der Prozentfuß der für schuldig erklärten Frauen größer geworden, wenn auch das Gesamtergebnis aller Scheidungsprozesse noch 1922 in 58,7 Proz. der Fälle den Mann und in 41,3 Proz. der Fälle die Frau als schuldigen Teil feststellte. Daß böswilliges Verlassen heute nicht mehr in dem Maße wie früher als Scheidungsgrund in Betracht kommt, ist wohl in erster Linie auf die Wohnungsnot zurückzuführen.

Von größtem Interesse würde für uns die Feststellung des Anteils der einzelnen sozialen Schichten an der Zunahme der Ehescheidungen sein. Leider läßt die Statistik gerade für dieses wichtigste Moment jeden Anhaltspunkt vermissen, und ihre Ergänzung nach dieser Richtung ist für die Zukunft dringender zu wünschen, da sie erst dann praktische sozialethische Schlussfolgerungen zuläßt. Das Proletariat würde sicherlich auch in dieser Hinsicht als Träger der neuen Gesellschaft nicht schlecht abzeichnen. Auf alle Fälle aber wirkt das Ergebnis der Statistik ein eigenartiges Licht auf den Artikel 119 der Reichsverfassung, in dem es heißt: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden."

für Kübel als Hauptredner besucht war. Letzterer sollte nicht etwa über christliche Nächstenliebe reden, sondern hatte sich zu seinem Referat den Text: Ein Jahr deutscher Parlamentsgeschichte erwählt. Zum Leidwesen des christlichen Pastors durfte dieser seinen politischen Serum nicht verzapfen, da der Vorsitzende doch der Auffassung war, daß bei einem solch „enormen“ Besuch sich das vorgesehene Referat erübrige und den christlichen Pastor auf eine im Februar wieder vorzuziehende, hoffentlich noch „stärker“ besuchte Versammlung vertröste. Lehrer Dühring-Kübel jedoch glaubte, seinen Parteimitgliedern seine Weisheit nicht vorzuenthalten zu sollen — wählte er sich doch in einem ländlichen Gebiete — und zog gewaltig gegen den „roten Fische“, wie er den deutschen Reichspräsidenten Ehert zu nennen beliebt, von Leber. Beschlüssen wurde, demnächst in den Dörfern Carlom, Schlagsdorf und Herrsburg Versammlungen abzuhalten in der Erwartung, dortselbst eine geneigtere Zuhörerschaft zu finden, die sich die Gehirne durch Mampfen ohne Widerspruch vorzuleisten lassen.

**w. Cutin. Entfernung eines Naturschmudes.** Das an der Landstraße von Cutin nach Meinsdorf belegene Wäldchen „Böhnhorn“ mit seinen alten Eichen ist bis auf wenige Stämme abgeholzt worden. Jeder Naturfreund wird dies bedauern. Wenn auch das Holz gebraucht wird, so sollte man doch lieber in solchen Wäldungen schlagen, wo es durch Fehlen einer geringeren Zahl von Bäumen sich weniger bemerkbar macht, als daß gerade ein solcher Schmud unserer Landschaft verschwinden mußte.

**Rel. Erwerbslosigkeit im Baugewerbe.** Trotz der günstigen Witterungsverhältnisse, die die Fortführung der Bauarbeiten bisher auch im Freien noch gestattete, hat sich die Zahl der erwerbslosen Bauarbeiter ständig gesteigert. Die Zahlstelle Kiel des Zimmererverbandes zählt 270 erwerbslose Zimmerer. Im 4. Quartal 1924 waren durchgehends 200 Mitglieder ohne Erwerb. Maurer feiern zurzeit auf 200, sowie eine beträchtliche Anzahl Bauhilfsarbeiter.

**Hamburg. Die Hafenarbeiter sollen keine Lohnerhöhung haben.** Bei der Lohnbewegung der Hafenarbeiter mußte der Schlichtungsausschuß anrufen werden. Dessen Schlichterspruch fiel recht einseitig aus: „Die bisherigen tariflichen Löhne bleiben über den 1. Februar hinaus in Geltung und können mit 14-tägiger Frist auf Ende eines Kalendermonats getündigt werden. Die nicht zu Ende geführten Verhandlungen über die Leistungen im Hamburger Hafen sind von den Parteien wieder aufzunehmen.“ — Der Vorsitzende gab eine mündliche Begründung. Er ging dabei bezeichnenderweise mit keinem Wort sachlich auf die Lohnforderungen der Hafenarbeiter ein und berührte ebenfalls die Frage, ob die Arbeitgeber in der Lage seien, eine Lohnerhöhung zu gewähren. Die Frage einer Lohnerhöhung wird einfach abhängig gemacht, von dem Ergebnis einer Verhandlung, die nach dem Belieben irgendeiner Partei sabotiert oder auf unbestimmte Zeit hinausgezögert werden kann. Es soll von Seiten der Arbeiter nunmehr der Schlichter anrufen werden.

**Schwerin. Das völkische Feuerwerk abgebrannt.** Mit großem Tamtam brachten die Völkischen im vorigen Herbst ihren Antrag ein, der medioburgische Staat solle eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeiführen gegen die Uebertragung der Verwaltung der deutschen Reichsbahn an eine deutsche Gesellschaft. Im Rechtsauschuß ist es nun so gekommen, wie von mehreren Fraktionsrednern in den Landtagsverhandlungen vorangelaßt wurde. Die Völkischen fielen wie bei allen Aktionen, die sie unternehmen, wieder glatt um. Wie unser Fraktionsredner in der letzten Sitzung sagte, die Ueberweisung dieses Antrages an den Rechtsauschuß sei ein Vergräbnis erster Klasse, war Herr Waerens sich mächtig in Positiv und wies dieses mit Entrüstung zurück. Jetzt haben die Völkischen die Angelegenheit im Rechtsauschuß durch einen Antrag auf den Sonntag Nimmerleinstag verschoben. Sie wollen ihn zurzeit nicht weiter verfolgen, da höhere staatliche Interessen es geraten erscheinen lassen, vor Abschluß der Auseinandersetzung mit dem Reich über die Eisenbahnabfindung keine grundsätzliche Entscheidung des Staatsgerichtshofes herbeizuführen. — Die Rechtskonservativen kämpfen gegen alles an, bis sie oder ihre deutschnationalen Freunde selbst Verantwortung übernehmen müssen. Dann bleibt der Heldentum nur für den inneren Feind übrig.

### Auch ein Bürgerblock in Bremen?

**SPD Bremen, 24. Januar.** Die Verhandlungen um das Zustandekommen einer großen Koalition in Bremen, die seit Wochen geführt werden, sind am Freitag abend gescheitert. Die Volkspartei, die zunächst unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der Sozialdemokratie und ihrer eigenen Niederlage Neigung zur Bildung der großen Koalition zeigte, schwenkte genau wie die Partei im Reich und Preußen nach rechts ab. Die Ablehnung erfolgte in der Form, daß man der Sozialdemokratie die von ihr geforderte Anzahl von Sitzen verweigerte und auf Hinzuziehung der Deutschnationalen bestand. In Wirklichkeit hatte die Volkspartei vorher schon beschlossen, wie im Reich, in den einzelnen Ländern auf den Rechtsblock hinzuzutreten. Die Entscheidung der SPD-Fraktion über die Ablehnung der volksparteilichen Bedingungen erfolgte einstimmig. Bei den Demokraten liegt es jetzt, zu entscheiden, ob sie die kleine Koalition bilden wollen, die eine Mehrheit von 3 Stimmen in der Bremer Bürgerschaft hat, oder ob sie nach rechts umfallen und mit Hafentreibern, Deutschnationalen und Hausbesitzern eine Bürgerblockregierung bilden wollen, die über eine fünfstimmige Mehrheit verfügt. Die sozialdemokratische Fraktion ist entschlossen, gegen jedes bürgerblockähnliche Gebilde in schärfster Opposition zu treten. Am nächsten Freitag soll der neue Senat gewählt werden, wenn sich die Bürgerlichen im پیش über die Verteilung der Senatssitze verständigt haben werden.

### Der Hamburger Hochverratsprozeß.

**SPD Hamburg, 26. Januar.** Im Hamburger Hochverratsprozeß ist die Vernehmung der Angeklagten vorläufig abgeschlossen worden. Zuletzt wurde der Angeklagte Köppen, der im Stadtrat Harms eine Geschäftstätigkeit bekleidete, vernommen. Er will in der Zeit vor dem Rutsch keine Funktionen in der Partei gehabt haben, da er im März 1923 verhaftet wurde, Vollzeitzugel zu sein. Was in den in seinem Lokal fünfzigjährigen kommunalpolitischen Beratern vorgegangen ist, will er nicht berichten. Am Tage des Rutsch habe er sich im Stadtmuseum zu informieren gesucht und dabei den Parteiführer der SPD, J. Borstel, getroffen, der aber auch durch die Ereignisse völlig überrascht gewesen sei. Mit J. Borstel habe er zufällig auf der Straße einen Gesellen von der Zentrale in Berlin namens Peters getroffen. Dieser habe ihn mit der Einleitung der Sammlung für die Opfer des Rutsch beauftragt. — Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß ein Mitglied der Zentrale der SPD, dessen Namens nicht bekannt werden können, Koppen erklärt, die bei ihm beschlagnahmten Papiere, die er von dem Mitglied der Zentrale erhalten habe, nur aus Gefälligkeit übernommen zu haben. Auf die Frage des Staatsanwalts, warum er sich keine Informationen nicht von den Kämpfern direkt vor seiner Verhaftung selbst geholt hätte, erklärte der Angeklagte: „Es ist nicht meine Aufgabe, mich als Führer der SPD in den Särgen zu lassen. Meine Pflicht war, mich an die Zentrale zur Entgegennahme von Aufträgen zu wenden.“

Die Sachmittlungsfrage wird mit der Verlesung des kommunalpolitischen Schriftstums aus der Zeit der Vorbereitung des Rutsch begonnen. Es wird dabei festgestellt, daß die An-

tikel von der Zentrale der SPD, der „Vollzeitung“ zugehen und daß diese aufgenommen werden mußten. Im übrigen kommt es wegen der Bewertung und der Ausbeutung verschiedener Stellen in den Artikeln zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Staatsanwalt, Verteidigung und Angeklagten. So wird von U. b. h. n. s. wiederholt betont, daß die Forderung nach der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung nicht gleichzusetzen sei mit der Diktatur des Proletariats. Der Staatsanwalt ist von dieser Erklärung nicht befriedigt und weist auf Forderungen hin, deren Anerkennung durch eine Arbeiter- und Bauernregierung zweifellos verfassungsändernd gewesen wäre, was ohne Zweidrittelmehrheit nicht möglich sei, über die aber SPD und KPD auch in Hamburg nicht verfügte. Urbahns äußert dann die Ansicht, daß eine solche Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hätte die Anerkennung ausprechen können. — Zum Schluß kommt der Bericht eines Bezirksparteilages der SPD zur Verlesung, auf dem der Gegensatz zwischen dem damaligen Vorsitzenden der SPD, Brandler, und der Führerin der Opposition, Ruth Fischer, ausgetragen wurde.

## Kauft vor 6 Uhr!

**Nähtube!** Die Nähtube des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt ist wieder jeden Tag von 6 Uhr ab geöffnet. Getragene Kleidungsstücke, Schuhe usw., die im Haushalt nicht mehr gebraucht werden, bitten wir in der Nähtube (Jugendamt) abzugeben. Alle Sachen werden durch freiwillige Helfer und Helferinnen hergerichtet und an die notleidende Bevölkerung abgegeben. Also helft uns.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.**  
Bureau: Johannisstraße 48 LL  
Gebäude von 5 bis 7 Uhr nachmittags

**Veranlagungsausschuß.** Mittwoch abend 7 Uhr Sitzung im Sekretariat.

**Stadtkeller.** Mittwoch abend, 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal.

**Republikanisches Niederbuch.** Es enthält ernste und heitere Lieder. Wir empfehlen allen Reichsbannerorganisationen, sich dieses Niederbuch anzuschaffen. Der Preis beträgt 30 Pfennig. Zu haben in der Buchhandlung „Lübeker Volksbote“, Johannisstraße 48.

**Gewerkschaftliche Mitteilungen.**  
**Achtung Gewerkschaftsvorstände!** Gewerkschaftszeitung 4 ist sofort abzuholen.

**Zentralverband der Angestellten.** Die Ortsgruppe Lübeck hält am Mittwoch, dem 28. Januar, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung ab. Neben dem Jahresbericht erfolgen Neuwahlen und es wird über unsere Aufgaben gesprochen werden. Deshalb ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

**Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.** Am Donnerstag, dem 29. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein Vortrag von Dr. Salmig über: „Die Bedeutung der Zeitung und ihre Aufgabe für die Jugendbewegung“ statt. Anschließend daran Mitgliederversammlung. T. D.: 1. Monatsprogramm. 2. Aussprache über einen Festabend und Bestätigung der Ueberlandzentrale. 3. Verschiedenes. Am Sonntag, dem 1. Februar findet vomittags 10 Uhr eine Bestätigung des Lübecker Volksboten statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Jugendleitung.

**Achtung, Maurer!** Ueber die Firma Ziel, Smalierwerk, ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Rein Maurer darf dort in Arbeit treten.

**Der Vorstand des Baugewerksbundes.**  
**Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck (Sozial-Reinfeid).** Ueber die Zimmerarbeiten des Zimmermeisters Boje in Jarpen bei Reinfeid ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Der Vorstand.

## Vermischte Nachrichten.

**Mädchenmord in Berlin.** Ein über den Arnswalder Platz gehender Feuerwehrmann fand dort im Gebüsch die Leiche eines jungen Mädchens. Die Tote wurde später als die 18jährige Elisabeth Stangier festgestellt, die bei einem Kaufmann in der Elbinger Straße in Stellung war. Das Mädchen war in der Nacht zum Sonntag, als sie in Begleitung einer Freundin und deren Bräutigam nach Hause gehen wollte, von einem Unbekannten angegriffen worden und dann mit ihm fortgegangen. Dieser Unbekannte hat sich aller Wahrscheinlichkeit nach an dem Mädchen vergangen und es dann umgebracht.

**Sittenverbrechen an Kindern.** Am Freitag ist in der Gitchnerstraße in Berlin der Kunstgießer Schröpfer unter dem Verdacht verhaftet worden, sich an neun- bis zwölfjährigen Mädchen vergangen zu haben. Die Vernehmungen des festgenommenen haben ergeben, daß sein schändliches Treiben bis Ostern 1924 zurückgeht. Bisher haben sich 20 Kinder gemeldet, die von Schröpfer mißbraucht worden sind. Es besteht aber der Verdacht, daß die Zahl der von ihm verführten Kinder wesentlich höher ist. Schröpfer, der etwa 50 Jahre alt ist, hat zwei erwachsene Töchter. — In Steglitz wurde ein Kaufmann Haarschäfer verhaftet, der sich an vier minderjährigen Mädchen vergangen hat. Der Täter ist geständig.

**Schiffsunfälle.** Die Stettiner Motor-Gesellschaft Gara, die auf der Fahrt von Hamersleben nach Aarhus mit einer Ladung Pflastersteine war, strandete Sonntag abend bei Bisserup Hage im Smalands Meer. Ein deutscher Trawler, der von Deutschland zum Kattegat zur Fischerei unterwegs war, strandete westlich von Odde Havn. Vergungsdampfer sind von Korför und Helfingör zur Hilfeleistung abgeordnet worden.

**Ausdeckung eines Sattenmordes.** Aus Eberswalde meldet Berliner Blätter: Im Oktober vorigen Jahres wurde der Besitzer eines Rittergutes bei Eberswalde zur Nachtzeit auf dem Hofe von einem unbekannten Täter erschossen. Die Leiche war in eine Scheune geschleppt und diese dann angezündet worden. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben nunmehr dazu geführt, daß die eigene Frau und der auf dem Gute beschäftigte Inspektor Marquardt unter Verdacht verhaftet wurden und zwar auf Grund von Aussagen einer Kartenerlegerin in Eberswalde, der gegenüber die Gutsbesitzerin geäußert hatte, ob sie den bevorstehenden Tod ihres Mannes nicht noch beschleunigen könnte. Diese Äußerung wurde der Staatsanwaltschaft bekannt. Die Gutsbesitzerin und der Inspektor haben bei ihren Vernehmungen den Mord schließlich eingestanden. Marquardt will die Tat begangen haben, weil der Ermordete seine Frau schlecht behandelt habe.

**Ein Bauprogramm für Leipzig.** Die Stadt Leipzig hat ein Bauprogramm aufgestellt, daß in 7 Jahren die Erbauung der fehlenden Wohnungen vorsieht, und, da die Finanzierung in der

Hauptfrage auf der Hauszinssteuer beruht, eine Erhöhung dieser Steuer für die Unterfütterung von Neubauten auf 25 v. H. der Friedensmiete voraussetzt. Gegen diesen Programmwurf des Wohnungsausschusses der Stadt Leipzig wenden sich die Interessentenverbände. Sie betrachten das Vorkaufsrecht und andere Vorbehalte der Stadt an den Häusern als eine Art Sozialsteuer.

**Ein vierzehnjähriger Lebensretter.** — Mutter und Bruder aus der Saale gerettet. Aus Jena a. wird gemeldet: Auf der Rückkehr von einem Spaziergang nach der Kunitzburg hat der Opfikerwerkmeister Gerber von hier seine Frau und seine beiden Söhne im Alter von 14 und 7 Jahren in der Nähe des Rinker Wehres an einer tiefen Stelle in die Saale gestoßen und ist selbst nachgesprungen. Während Gerber rasch unterging und ertrank, ist es dem 14-jährigen Sohne gelungen, nicht nur sich selbst, sondern auch seinen jüngeren Bruder und seine Mutter zu retten, da er ein guter Schwimmer ist. Der unglückliche Familienvater, der vor dem Krüge in Petersburg beschlachtet war, dann in Sibirien interniert wurde und später in Schweden Stellung fand, ist im vorigen Jahre infolge Stellungslosigkeit nach Jena zurückgekehrt. Hier mußte er sich mit einer Notwohnung begnügen und teilte das Schicksal der Erwerbslosen. Da seine Bemühungen, in Rußland, der Heimat seiner Frau, eine neue Existenz zu erlangen, fehlschlagen, padte den Mann die Verzweiflung, so daß er mit seiner Familie aus dem Leben scheiden wollte.

**Die „Budau“ in Danzig.** Das Hettner-Rotor-Schiff „Budau“ ist mit einer Ladung Reis von Kiel kommend, in Neufahrwasser eingetroffen. Die deutsche Bevölkerung Danzigs begrüßte das Schiff begeistert. Leider verhinderte das unsichtige Wetter eine Vorführung des Schiffes in der Danziger Bucht, wie sie ursprünglich geplant war. Von sachmännischer Seite beurteilt man die Erfolge der „Budau“ sehr günstig, doch glaubt man, daß die Entwicklung auf diesem Gebiet noch keineswegs abgeschlossen ist. Die Fahrt von Kiel nach Danzig konnte zwar nicht viel zur Sammlung neuer Erfahrungen beitragen, da bei der geringen Luftbewegung auf der Ostsee an eine Ausnutzung der Motoren nicht zu denken war. Indessen hat man festgestellt, daß bereits bei ganz geringer Windstärke durch Einlehen der Motoren die Fahrt des Schiffes um zwei Seemeilen in der Stunde beschleunigt werden kann.

**Zu dem arifischen Morde in Jesso in Sardinien** wird noch berichtet, daß zwischen dem ermordeten Fischer Boi und seinem Verwandten namens Serian und Fleischhauer Orru seit längerer Zeit ein Streit bestanden hätte. Diese sind unter dem schweren Verdacht, die Tat begangen zu haben, verhaftet worden. Wie man weiter hört, überlebten gegen 1 Uhr nachts die Mörder die Familie und töteten den Mann, die Frau, seine vier Kinder, sowie die Schwester Bois und seine betagte Mutter mit Hammer, Schlägen und Dolchstichen. Hierauf schnitten sie in die Stirn Bois ein Kreuz hinein. Das älteste Kind lag auf der Schwelle. Es ist offenbar auf der Flucht niedergemacht worden. Ueber die näheren Ursachen ist noch nichts bekannt.

**Die Grippe in Tokio.** Wie aus Tokio gemeldet wird, sind nach einer amtlichen Mitteilung in den letzten 20 Tagen 727 Personen an Grippe gestorben.

**Eine Sturmflut vor Portugiesisch-Westafrika.** Nach einer Meldung aus Lifabon ist Port Alexander an der Küste von Portugiesisch-Westafrika durch eine Sturmflut überschwemmt worden. Man befürchtet, daß die ganze, mehrere Hundert Personen zählende Bevölkerung umgekommen ist.

**Klops.** In dem „Europa-Monats“ des Verlages Kiepenhauer findet sich das folgende Zeugnis einer Berliner Selbstbegegnung:

Id siße da und esse Klops.  
Uff einmal Klops's.  
Jede, kiele, haune, wundre mir,  
Uff einmal seht se off, de Tür.  
Nanu dent id, id dent nanu,  
Jeh is le off, erscht war se zu?  
Und id seh raus und blide  
Und wer steht draußen? — Jael

## Der Tarifkampf der Angestellten bei den Seeschiffswerften.

Aus den Kreisen der freigewerkschaftlichen Angestellten wird uns geschrieben:

Das neue politische Regime beginnt sich schon auszuwirken. Während im Reichstag die Redeschlachten für und gegen das neue Kabinett Luthe r ausgefochten wurden, fand im Arbeitsministerium eine Verhandlung über die Festsetzung von Gehältern für den Angestelltenrat der Seeschiffswerften statt. Bei dieser Gelegenheit war der „neue Wind“ deutlich zu merken.

Zum Verständnis des Zusammenhanges muß hier berichtet werden, daß für die Angestellten der deutschen Seeschiffswerften ein Rahmentarif besteht, aus dem aus Zweckmäßigkeitsgründen durch Spruch des Hamburger Schlichters vom April 1924 die Gehaltsätze ausgenommen sind. Dieser Spruch verfolgte den Zweck, der Arbeitergruppe die Gelegenheit zur Durchführung ihrer Drohhauptung zu geben, daß die Angestellten sich ohne einen Tarifvertrag besser stellen würden. Der Schlichter hatte die Frist zur Durchführung dieser Arbeit auf ein Vierteljahr bemessen und es den Parteien freigestellt, vom 1. Juli 1924 an wieder durch die Vermittlung der Organe des Arbeitsministeriums Gehaltsätze festsetzen zu lassen. Am 1. Juli 1924 konnten die Angestellten durch Umfrage feststellen, daß sich in den Gehaltsverhältnissen in dem Zeitraum von einem Vierteljahr nicht viel geändert hatte. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde es damals unterlassen, erneut Forderungen an den Arbeitsminister zu richten.

Inzwischen war in einer seit Jahren schwebenden Feststellungsfrage der Norddeutschen Gruppe gegen die Angestelltenverbände ein für die Angestellten abliegendes Urteil des Reichsgerichts ergangen. Die Angestelltenverbände hatten den der Arbeitgeberseite eine Aussprache über die Auswirkung des Reichsgerichtsurteils. Sie beantragten ferner eine Verlängerung des Rahmentarifes sowie die Festsetzung von Gehaltsätzen. Der Syndikus der Norddeutschen Gruppe, Herr Dr. Kiehsche, erklärte diesem Ansuchen gegenüber, daß die Arbeitgeber nach wie vor jede Festsetzung von Gehältern ablehnten.

Bei dieser Sachlage blieb den Angestelltenverbänden nichts anderes übrig, als erneut die Vermittlung des Arbeitsministers anzurufen. Das geschah im Oktober 1924. Nach mehrfachen persönlichen Bemühungen der Angestelltenvertreter im Arbeitsministerium wurde dann Termin auf den 10. 11. 1924 anberaumt. Die Arbeitgeber erschienen zu diesem Termin nicht und der Arbeitsminister vertagte zunächst die Angelegenheit. Auf erneute dringliche Vorstellungen der Angestelltenverbände wurde dann nach langem Verhandeln ein anderer Termin auf den 15. Januar angelegt. Auch dieser Termin wurde in letzter Stunde wieder verschoben auf den 20. Januar, weil angeblich der 15. Januar den Arbeitgebern nicht passend gelegen sei. Diese langen Bemühungen endeten in der Verhandlung am 20. Januar mit einem völligen Mißerfolg.

Dr. Kiehsche erklärte für die Norddeutsche Gruppe zu Beginn der Verhandlungen in ungewöhnlich kräftiger und herausfordernder Weise, daß erstens die formalen Voraussetzungen für Durchführung des Schlichtungsverfahrens fehlten und daß die Norddeutsche Gruppe sich ferner auch bei der Konfirmierung einer Schlichtungskammer nicht an den Verhandlungen beteiligen würde, und zweitens dann, trotzdem er sowohl von der Arbeitnehmerseite als auch von

dem Vorsitzenden dringlich zum Bleiben aufgefordert wurde, das Lokal.

Nach dreistündiger Beratung fällt dann die Schlichtungskammer gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer den folgenden Schiedspruch:

Bei dem tariflichen Verhältnis zwischen den Parteien, wie es sich durch den Zusammenschluß eines Manteltarifvertrages und eines ergänzenden Arbeitszeitabkommens unter Ausschluß der Kündigungsfrist nach Ziffer 12 des Manteltarifes darstellt, behält es bis zum 31. März 1925 sein Bewenden. Eine tarifliche Regelung der Gruppeneinteilung und Gehaltsfrage findet für diesen Zeitraum nicht statt.

Dieser Schiedspruch bedeutet eine glatte Kapitulation vor den Verfeindeten. Es verdient hierbei festgehalten zu werden, daß die formale und rechtliche Seite der Tarifangelegenheit in mehrfachen Besprechungen zwischen den Vertretern des Arbeitsministeriums und der Angestelltenverbände geklärt war. Wenn das Arbeitsministerium auf dem Standpunkt stand, daß keine Möglichkeit zu einer materiellen Verhandlung der Streitfrage bestand, dann war es unverständlich, warum vom Arbeitsminister selbst drei mal Termin angelegt wurde. Die Erläuterung, daß die formalen Voraussetzungen für eine Verhandlung über die Gehaltsfrage selbst fehlten, scheint daher dem Arbeitsminister erst im letzten Augenblick nach der Veränderung der politischen Konjunktur gekommen zu sein! Für die Öffentlichkeit ist besonders interessant, daß man den Arbeitnehmern so etwas zu bieten magt in demselben Augenblick, wo die notleidenden Werkstätten auf dem Umweg über die Reder Mittel des Deutschen Reiches (und zwar aus dem Fonds für die produktive Erwerbslosenfürsorge) in Anspruch nehmen. Ueber die Zweckmäßigkeit der Subventionierung von Geldern an Werkstätten ist bereits an dieser Stelle in anderem Zusammenhang berichtet worden. Es ist ja an sich interessant, wenn die kräftigsten Vorkämpfer im Kampf um die wirtschaftliche Freiheit des Unternehmers eine Einschränkung ihres Standpunktes sofort dann vornehmen, wenn sie die materielle Hilfe des Reiches gebrauchen können. Es ist aber ein Standal ohnegleichen, wenn die auch aus Mitteln der Arbeitnehmer gesammelten Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge hergegeben werden sollten, ohne daß entsprechende Garantien geschaffen werden.

Es scheint uns eine dringende Forderung, die wohl auch noch in Reichstagen behandelt werden muß, daß den Redern und durch diese den Werkstätten nicht eher die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zuströmen, bis Garantien dafür geschaffen sind, daß Bauaufträge nur an Werkstätten gegeben werden, die bereit sind, sich mit den Arbeitnehmergruppen über die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse, und zwar, soweit die Angelegenheiten in Frage kommen, insbesondere auch der Entlohnungsbedingungen, zu verständigen.

## Theater und Musik.

Stadttheater.

Der Troubadour, Oper in 4 Akten v. G. Verdi.

Diese Aufführung von Herrn Kapellmeister H. Reinitz nicht immer geschmackvoll betreibt, gab vor allem Fräulein M. Bruhn Gelegenheit, mit einer ausgezeichneten, sehr ansprechenden Leistung zu erfreuen; diese Sängerin hatte den Stil des Werkes getroffen, und dazu ist schließlich ein Brühnblenden-Ton kaum von Nutzen. Herr Kaufmann (Manrico) sang nicht immer so sicher und frei, wie man von ihm erwartet hatte — wünschenswert auch dieser Abend für den Künstler — insbesondere in der Darstellung — einen merkwürdigen Schritt vorwärts bedeutete.

Die Aucena sang Fräulein Sanderowna; die Stimme klingt prachtvoll, dunkel, erstaunlich wuchtig — nimmt sich aber durch Unleichheiten die Wirkung — der Künstlerin fehlt noch die maßvolle Beherrschung ihrer Kräfte (um Gottes Willen nicht „Edne zeigen“ wollen!) In der Darstellung konnte man auch dieser Aucena glauben, was ihre geistige Kinodramatik zu sagen hat. Wohlklingend und weich klang der D. Bries den Luna, stand jedoch als indispontiert außer Konkurrenz. Dem Ferrando des Herrn Maingberg ein uneingeschränktes Lob. — Der schöne, weltberühmte, beliebte und für den weiteren Lauf der Begebenheiten so äußerst wichtige Botenruf „Auf dieses Schreiben gib Antwort“ war gestrichen — ich verstehe die Welt nicht mehr. H.

## Arbeiter-Sport.

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Cornells, Gr. Erdvogelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Freier Wassersport-Verein. Am 31. Januar und 1. Februar findet hier in Lübeck der 6. Kreis-Wassersporttag statt. An dieser Tagung nehmen 60 Delegierte teil. Wir benötigen daher noch eine Anzahl Freiquartiere. Wir bitten alle Sportgenossen, die ein Freiquartier zur Verfügung stellen können, diese beim Genossen W. Huhn, Kupferfischmiedelstraße 9 I zu melden.

## Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Die Wetterlage erscheint wenig verändert. Der hohe Druck verlagert sich langsam südwestwärts und nimmt an Höhe langsam etwas ab. Flache Störungen über dem westlichen Kanal, Schlesien und Mecklenburg verursachen dort leichte Niederschläge, werden sich aber allmählich ausgleichen.

Wochensage für den 27. und 28. Januar.

Zeitweise aufklarend, kälter, zunächst trocken, Fortdauer wahrscheinlich, Frostwetter in Aussicht.

## Briefkasten.

J. J. 24. Das Vorgehen des Vorstandes bei der Abstimmung ist natürlich unstatthaft. Es muß in jedem Fall besonders abgestimmt werden. Aber wenn Ihre Genossinnen im Verein doch in der Mehrheit sind, warum treten diese dann nicht an? Nachheriges Klagen nützt gar nichts, man muß immer auf dem Posten sein.

K. I. Sie wundern sich, daß wir das Rundfunkprogramm nicht mehr veröffentlichen. Der Grund ist der: Die Nordische Rundfunk-Gesellschaft (Noraq) fordert jetzt für den Abdruck ihrer eigenen Klamme noch obendrein vierjährlich 65 Mk. im voraus zahlbar. Dies sollte ein Zuschuß für ihre Untoten sein. Wir verspüren keine Lust, der Gesellschaft die Taschen füllen zu helfen.

W. S. Der Dollar stand am 1. 10. 1920 auf 61,62 Mk. Im allgemeinen soll die Aufwertung 15 Prozent betragen. Die Aufwertungsfrage ist aber noch lange nicht gelöst. Daher können wir Ihnen auch keine Angaben machen. — Warum nennen Sie denn Ihren Namen nicht?

Nach Schwartzau. Ihre Unterstellungen treffen völlig daneben und sind töricht obendrein. In der Eile, in der unser Berichterstatter die Notiz schrieb, konnte ihm wohl das Versehen unter-

laufen, eine Wehr nicht anzuführen. Wenn Sie nur festgestellt haben wollen, daß die Wehren Vorwerk und Dänischburg bei dem Brande am Freitag schnell eintrafen und mitgeholfen haben, dann kommen wir diesem Wunsche gerne nach. Wenn Sie aber unsern Gewährsmann verdächtigen wollen und zu selbe sind, Ihren eigenen Namen zu nennen, dann behalten Sie in Zukunft den Grimm für sich. — Im übrigen sei wiederholt: anonyme Zuschriften werden nicht mehr beantwortet.

## Gefahrennachrichten.

Angekommene Schiffe.

26. Januar.  
Deutsch. D. Hilde, Kapl. Bannert, von Emsenmünde, 3 1/2 Tg.  
Deutsch. D. Vöhrmann, Kapl. Hammer, von Burgstaken 6 Waff., Stückg., 3 1/2 Td. Deutsch. S. Ular, Kapl. Busch, von Maschenund, leer, 3 Tg.  
27. Januar.  
Finn. D. Mira, Kapl. Wallberg, von Helsinki, Stückgut, 3 Tg.  
Deutsch. D. St. Pauli, Kapl. Lau, von Christiansund, Herings, 5 1/2 Tg.  
Finn. D. Kinnland, Kapl. Holmberg, von Abo, Stückg., 2 1/2 Tg.  
Deutsch. S. Gulda, Kapl. Krieger, von Gretheod, leer, 2 Tg.  
Schwed. D. Irene, Kapl. Svension, von Stockholm, Stückgut, 3 Tage.

Abgegangene Schiffe.

26. Januar.  
Deutsch. D. Baerland, Kapl. Giersee, nach Altona, leer.  
Deutsch. D. Tina Kuntmann, Kapl. Wittstock, nach Emden, leer.  
Schwed. D. Tärnan, Kapl. Möller, nach Gothenburg, Stückgut.  
Deutsch. D. Herm. Otto Jppen 14, Kapl. Klehn, nach Rostock, leer.  
Deutsch. D. Franz, Kapl. Wiegner, nach Stepens, leer.

## Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 26. Januar. (Bericht des Vereines der Getreidehändler der Hamburger Börse). Ungeachtet der beträchtlichen Steigerung, die Amerika meldete, machte diese Erhöhung hier keinen bedeutenden Eindruck und das Geschäft ging über das gewöhnliche Maß nicht hinaus. Preise in Reichsmark für 1000 Kilo: Weizen 260—270, Roggen 260—268, Hafer 198—208, Gerste 240 bis 285 Mk., Vuchweizen 242—255 Mk. (ab inländischer Station, einrichtl. Vorkommen). Ausland. Gerste 232—246 Mk., Mais 217 bis 220 Mk. frei Katwaggon. Delfuchen behauptet bei ruhigem Geschäft.

Sei und Stroh. Hamburg, 26. Januar. Im Großhandel steigt sich der Preis für Weizenheu, lose, auf 4,20 Mk., do. gepreßt auf 4,80 Mk.; Getreidestroh, gebündelt, auf 2,40 Mk. Getreidestroh, gepreßt, auf 2,45 Mk. Alle Preise verstehen sich je Kenner frei Wagon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Nouragehandels. Hamburg, 26. Januar. Hafer 12,50, Weizen 11,50, Päckel 6.—, Weizenheu, gebünd., 6,50, Preisstroh 4,50 (Alles per Kenner in Rentemart.)

Bei Kunden mit Au-murf raten wir Ihnen, in der Apotheke (sicher: Adlerapotheke, Mengstr. 10) 50 g echten Fagosit-Extrakt zu kaufen und durch Wustochen mit 1/4 Pfund Zucker und 1/4 l Wasser eine preiswerte, gute Hustenmedizin selbst herzustellen.

## Ämlicher Teil

Der Senat hat den Referendar Dr. Gamont Ohrt auf sein Ansuchen aus dem Lübeckischen Justizdienst entlassen. (1808)

Durch Ausschlußurteil vom 8. Januar 1925 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Lübeck, St. Lorenz, Blatt 51 in Abteilung III unter Nr. 6 für den Arbeiter Rochen Heinrich Bohnhoff in Lübeck, Reiferstraße 17a, eingetragene Hypothek über Mk. 500.— für kraftlos erklärt. (1800) Lübeck, Amtsgericht, Abt. 6.

## In dem Konkursverfahren

über das Vermögen der Firma Henningshörn, G. m. b. H. in Lübeck, soll die Schlussverteilung erfolgen. — Hierfür sind Mk. 3734 84 vorhanden, wovon noch die Vergütung an den Gläubigerausschuß abzusetzen ist. — Gläubiger mit Vorrecht haben Mk. 1863 41, solche ohne Vorrecht Mk. 23924,92 zu fordern. — Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei Abt. 2 zur Einsicht aus. Lübeck, den 26. Januar 1925. (1802) Der Konkursverwalter: Niels Jensen.

## Forstrevier Itzelsdorf Bezirk Waldhufen Holzverkauf

am Mittwoch, den 28. Januar 1925, in der Gutsverwaltung von Dieckelmann, Rüdigh, aus dem Forstort Feide.

Ab 10 Uhr vorm. Holz Nr. 847—884.  
146 Stück Fichten-Stangen I. Klasse; 268 Stück Fichten-Stangen II. Klasse; 536 Stück Fichten-Stangen III. Klasse; 52 Stück Fichten-Stangen IV. Klasse; 21 im Fichten-Rollen, 2 40 m lang 14—18 cm Durchm.; 2 im Fichten-Rollen, 1 m lang, von 13 cm Durchm. aufw.; 15 im Fichten-Wähe, 2 m lang, 8—14 cm Durchm.; 85 1/2 im Nadelholz-Knüttel, 6 im Eichen- und Buchen-Knüttel.

Ab 2,30 Uhr nachm. Holz Nr. 885—912.  
93 Stück Fichten-Stangen I. Klasse; 265 Stück Fichten-Stangen II. Klasse; 786 Stück Fichten-Stangen III. Klasse; 1920 Stück Fichten-Stangen IV. Klasse; 690 Stück Fichten-Bohnenstangen I. Klasse; 930 Stück Fichten-Bohnenstangen 2. Klasse; 10 1/2 im Fichten-Rollen, 2 40 m lang, 14—18 cm Durchm.; 1 im Fichten-Rollen, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 9 im Fichten-Wähe, 2 m lang, 8—14 cm Durchm.; 66 im Nadelholz-Knüttel; 21 im Buchen-Knüttel und Rollen; 62 im Buchen-Knüttel u. Knüttel 12 Hfn. Buchen-Busch; 26 im Eichen-Knüttel.

Listen über die Stangenortimente sind ab Montag, den 26. d. Mts., im Forsthaus zu Waldhufen erhältlich.

Waldhufen, im Januar 1925. (1278) Der Revierförster.

## Forstrevier Itzelsdorf Bezirk Alt-Lauerhof Holzverkauf

am Freitag, d. 30. Januar 1925, im Lindenhof zu Itzelsdorf.

Ab 10 Uhr vorm. Forstort Lehnholz, Beim Forsthaus Alt-Lauerhof, Holz Nr. 1835—1871.  
156 im Eichen-Wähe, 2 m lang, 12—24 cm Durchm.; 1 im Eichen-Rollen, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 14 Stück Eichen-Deicheln, 4 m lang, 18 bis 18 cm Durchm.; 174 im Eichen-Knüttel und Knüttel; 88 Hfn. Eichen-Busch; 11 Hfn. Buchen-Ausläuterungs-Busch (Erbsbusch); 11 Hfn. Birken-Busch.

Ab 2,30 Uhr nachm. Forstort Lehnholz, (Bei der Jahnecke) Holz Nr. 1708—1745.  
9 im Fichten-Rollen, 2 40 m lang, 12—18 cm Durchm.; 1 im Fichten-Rollen, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 21 Stück Fichten-Stangen, 11—111. Kl.; 6 im Buchen-Knüttel und Knüttel; 40 im Fichten-Knüttel; 1 Hfn. Buchen-Busch.

Forstort Schluper Tannen, (Am Deepenmoor) Holz Nr. 1572—1703.  
1183 Stück Fichten-Stangen I.—V. Kl.; 62 im Nadelholz-Knüttel; 10 im Nadelholz-Knüttel; 5 Hfn. Nadelholz-Stangen = 20 im; 2 Hfn. Birken-Busch.

Forstort Steinberg, (Gegenüber Karls Hof) Holz Nr. 1746—1793.  
23 im Eichen-Knüttel und Knüttel; 85 im Eichen-Knüttel und Knüttel; 9 im Buchen-Knüttel und Knüttel; 10 Hfn. Laubholz-Busch; 10 Hfn. Buchen-Ausläuterungs-Busch.

Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilen Förster Diesel, Alt-Lauerhof und Revierjäger Lühr, Karls Hof, Waldhufen, im Januar 1925. (1281) Der Revierförster.

## Nichtämlicher Teil

Für die anlässlich un-Vernehmung erwiesenen Aufmerksamkeiten und Gratulationen danken herzlich (1283) Hans Hamer u. Frau geb. Ehrlich

Danksagung  
Allen denen, die unserer lieben, ungeliebten Mutter die letzte Ehre erwiesen, ihren Sarg so überreicht mit Blumen schmückten, sowie dem Herrn Pastor für die tröstlichen Worte unserer trübseligen Stunde danken herzlichsten Dank

Ernst Klempau und Familie

### Die hervorragende Marke!

Aus innerem Wert heraus bricht sich das Gute Bahn. Tausend und aber tausend Hausfrauen haben den Wert der Feinkostmargarine „Schwan im Blaueband“ erkannt, der ein gute Eigenschaften, köstliches Aroma, feiner Geschmack, beste Bekömmlichkeit und billiger Preis, höchste Ansprüche befriedigen.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.



## Schwan im Blaueband

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaueband“ das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blaueband-Woche“ gratis zu verlangen. (1280)

Ruh. Ehepaar mit e. Kind sucht 1—2 leere Zimmer. Ang. u. D 713 a. d. E. (1296)

Möbl. Zimmer zu vermieten. Kerkringstr. 34. I. (1214)

Kl. Haus mit Hofplatz u. kl. Garten i. d. Stadt ist zu verk. od. g. al. v. d. Tor zu verk. Ang. unt. D 705 a. d. Exp. (1291)

Ein scharfer wachsam. Hund (Stubenrein) zu verka. Gr. Bauhof 12. (1212)

Mähmaschine, verfehlb., billig zu verkaufen. (1213) O. Störzner, Hüftr. 54.

Möbl.-Vertiko zu verk. o. g. Kommode zu tausch. (1202) Eintriedstr. 26

Schulranzen, Frühstücks-tische, Schulbücher für Mädch., Wirtlich. z. verk. (1287) Adlerstr. 33 d I

Eig. und Liegestuhl z. kauf. gef. Ang. u. D 714 a. d. Exp. erb. (1286)

3 flotte Maskenkostüme zu vermieten. (1218) Brotkrugstr. 60. I.

Sb. S.-u.-D.-Maschinen, zu verm. Klappenstr. 14a. (1219)

Eleg. Masken-Anzüge zu vermieten. (1292) Belzerstr. 18a.

Eleg. Masken-Anzüge billig zu verm. (1290) Friedenstr. 99.

Schöne Damen-Maskenkost. billig zu verm. (1291) Fischergrube 21. I. I.

Schneiderin empfiehlt sich in u. auß. d. Hause (1270) Lügowstr. 1.

Hoher Verdienst bietet sich Hausfrauen, auch Damen, durch Verkauf eines bedeutenden Lebensmittelartikels (1288) Melb. Seydlitzstraße 13

Eintochtöpfe leicht beschädigt, billig abgegeben (1804)

Walhallinsel 19

Raudzeug preiswert und gut

C. Wittfoot Ob. Müzstr. 18

Hülfrüchte gut fochend u. preisw. Gelb. Erbsen 17, 20 1/2, geschälte 30 1/2, Gr. Erbsen 20, 24 1/2, geschälte 35 1/2

Sauertohl 10 1/2, Splitterböfen 21 1/2, Weiße Bohnen 22 1/2, Linien 24 1/2, Sühnerutter 15 1/2, Zwiebeln 15 1/2

Kind 60 1/2, Pfannen 33, 35 1/2, Büsche 70 1/2, Aprisosen 100 1/2, Backbirnen 33 1/2, Sah geschälte 48 1/2

Schweizerkäse 140 1/2, Zinner Käse 60 1/2, Golländer Käse 80 1/2, Margarine 60 1/2, Tafelmalz 100 1/2, Kunsthonig 40 1/2, dgl. 40 1/2

Hauer & Co. Fund 45 1/2 (1210)

Friedr. Trosiener Mühlentstr. 87 Tel. 215

Dr Geenij in memoriam Friedr. August v. Sachsen Anestboten Preis Mk. 1.50

Sächs. Miniaturen Band 1 und 2 je Mk. 1.50

Artur Sünder Die Dinte wider das Blut 38. wüdigewordene und vermaffelte Auflage Preis Mk. 1.—

Buchhandlung Lübecker Volksbote Johannestr. 46

Woll-, Watta-, Gannens-Steppdecken Anfertigung 1204 Aufarbeit., Neuhezleh Fr. Spehmann Brsteßstraße 31 Ftage

# Die Stimme der Jugend

Beilage zum Lübecker Volksboten

## Vierter Klasse.

Arbeitslosh. Im Rumpelkasten  
vierter Klasse dich gedrängt:  
Mädels, die nach Hause hasten,  
Zwischen Buchen eingezwängt.

Erst ein Schelten und ein Stöhen.  
Dann ein Röhern... Scherz um Scherz...  
Durch die Fenster schaut mit großen  
Augen Nacht schon allerwärts.

Und sie stehen, und sie sitzen,  
auf der schmalen, harten Bank:  
Mädels, deren Augen blihen  
aus dem frischen Anflitz blank!

Blonde, braune, dunkle Locken, —  
alle Formen weich und rund!  
Und ihre Lachen perlt im Glocken-  
jabel aus dem roten Mund!

Und der Buchen tiefe Stimmen  
fallen in den Jubel ein.  
Eines Dedenkämpfens Glimmen  
geißelt zuckend fahlen Schein...

Und die blassen Wangen glühen,  
Frohstirn hat sie überhaucht, —  
und des Tages harte Mühen  
sind vergessen und verrückt!

Zahnelqualm wölkt um die Schüdel  
gelblich-blau im Zitterflug...  
Warm und froh lehnt Buch und Mädels.  
Rumpelnd-ratternd rollt der Zug!

Ludwig Besse.

## Reichsbanner und Jugendbewegung.

### Zwei Antworten.

Die Diskussion, die Gen. Ahrenholz einleitete, ist nun doch in Fluß gekommen. Ein bischen spät allerdings — das Lübecker Tempo scheint auch bei unsern jungen Freunden viele Verehrer zu haben. Die heutigen Beiträge scheinen uns gerade dadurch wertvoll, daß sie die Frage von zwei ganz entgegengesetzten Gesichtspunkten aus ansprechen und zum entgegengesetzten Resultat kommen. Wir bitten die Genossen, die noch weiter das Wort ergreifen wollen, uns ihre Beiträge bis Sonnabend zugehen zu lassen, damit wir sie in unserer von Ahrenholz erwarteten Stellungnahme mit vermerken können.

D. R. d. Todt.

Das Thema, das an dieser Stelle vom Gen. Ahrenholz angeschnitten wurde, ist es wert, daß wir uns darüber auseinandersetzen, um über manche kritischen Punkte Klarheit zu schaffen. Grund und Ursache der Gründung des Reichsbanners sind vom Gen. A. genügend klar gelegt, es ist nicht nötig, darauf einzugehen.

Die Jugendbewegung wehrte sich wohl anfangs gegen eine politische Betätigung irgendwelcher Art, weil sie befürchtete, Sinn und Eigenart der Jugendbewegung ginge dadurch verloren. Ich sage: Eine Jugend, die ihre Ideale nicht gegen alle Anfechtungen durchsetzen, aus ihrer Lebensauffassung Kraft schöpfen kann, ist feige und haltlos und hat keine Existenzberechtigung. Eine romantizierende, der Wirklichkeit entrückte Jugend ist heute nicht am Platze.

Die Jugend mußte, wollte sie ihre Forderungen und Ziele verwirklichen, ihre Darstellungsformen verbessern helfen, hinein in den politischen Kampf.

In den Niederungen des tagespolitischen Kampfes, in der Kleinarbeit der Partei, die sie doch einmal übernehmen soll, wird die Jugend beweisen müssen, ob sie ihre Lebensauffassung, ihre Eigenart behaupten kann. Ist das nicht der Fall, hat sie den Sinn als Jugendbewegung verloren.

Der größte Teil der bürgerlichen Jugend beharrt noch heute bei der alten Auffassung. Anders die Arbeiterjugend, sie hat in den letzten Jahren bewiesen, daß sie sich ihrer Aufgabe voll bewußt ist.

Überall, wie der Gen. A. sagt: In der Kampfzeit des neuen Staates. Vom Kapp-Putsch bis zur Gegenwart, traten die Arbeiterjugend und nicht minder die Jungsozialisten freudig in die Schranken.

Es erlöste der Ruf an alle Republikaner, einen Bund zu schließen, die Republik mit allen Mitteln zu schützen und zu stärken. Und wieder waren die Jugendbewegter, mit wenigen Ausnahmen, diejenigen, die den Stamm der Jugendgruppen des Reichsbanners bildeten, zögernd folgten die ungerathen Stehenden.

Ich bin der Auffassung, daß aber nicht nur eine militärische Zusammenfassung aller genügt. Was wir erstreben müssen, ist, daß ein jeder überzeugt ist vom inneren Wert der Sache und den Geist hinausträgt zu denjenigen, die noch nicht zu uns kamen. Der Jugendbewegter als einzelner wird hier beweisen können, wie stark der Gedanke der Jugendbewegung ist. Er ist mit dazu berufen, den Geist der Republik in den Jugendgruppen zu fördern. Ich möchte allerdings davor warnen, die Formen des Reichsbanners in die Arbeiterjugend zu übernehmen. Wir müssen der Entwicklung und den Gedankengängen der „Jüngeren“ Rechnung tragen. Auch dürfen wir nie vergessen, daß die Arbeiterjugend eine junge sozialistische Bildungs- und Lebensgemeinschaft sein soll.

In den Ausführungen des Gen. Ahrenholz möchte ich noch sagen: Die Individualität, das Persönlichkeitsgefühl wird nie leiden, nie unterdrückt werden können, wenn ein jeder vor seinem eigenen Werte überzeugt ist. Im Gegenteil, hier wird er beweisen können, inwiefern die Auffassung seiner Individualität begründet ist, (nicht im Beifahren, wie man lächelnd sagen wird) im Verkehr mit jedem Kameraden.

Die Gründe für das Nichtzutreten ins Reichsbanner sind nicht stichhaltig und wohl auf ganz anderem Gebiete zu suchen. Im Übrigen kann man Leute schon mit Recht sagen: „Ein anderer Weg weist durch die Laube“. Die Ausführungen des Genossen Müller sind schon im obigen beantwortet. Auf die tatsächlichen Anzeichen einzugehen, ist nötig, weil sie mit dem Wesentlichen nichts zu tun haben.

Der Vorschlag, in Form von Vorträgen und Diskussionen den republikanischen Gedanken zu fördern, kann ich nur unterstützen. Wir kommen uns dadurch näher und lernen uns besser kennen als durch irgendwelche andere Handlungen. E. T.

II.

Zu dem unter dieser Überschrift erschienenen Artikel des Genossen Ahrenholz möchte ich ein paar Worte sagen. Um es gleich vorweg zu sagen, ich gehöre zu dem Typ, der alles durch die Brille der Jugendbewegung ansieht. Ich halte mich für berechtigt dazu, weil ich meine Kritik des Reichsbanners nur auf die Jugendgruppe beschränkt.

Darüber, daß dem herausfordernden Treiben der nationalen Verbände gegenüber auch die Freunde der Republik sich zusammenschließen mußten, braucht man wohl in unseren Kreisen nicht zu streiten.

Aber nun Jugend und Reichsbanner: Ahrenholz sagt: „In puncto Reichsbanner wehrt sich eine eben gediehene Individualität, ein Persönlichkeitsgefühl, gegen die Disziplin, gegen den Gehorsam. Nein, Freund Ahrenholz, so sehen wir Jugendbewegter nicht aus. Zunächst fasse ich die Individualität ein ganz klein wenig anders auf. Individualität zeigt sich nach meiner Auffassung da, wo es einem Menschen gelingt, über das Mittelmaß hinaus zu kommen. Ein solcher Mensch würde schwerlich Furcht haben, im Reichsbanner seine Individualität zu verlieren.“

Eine andere Frage drängt sich uns Jugendbewegtern auf. Wie wolle ich, die ihr mit leuchtenden Augen und begeistertem Herzen singt: „Nicht mit dem Ritzzeug der Barbaren, mit Flint und Speer nicht kämpfen wir“, wie wolle ich die Republik schützen? Wenn unsere Alten mit der Waffe in der Hand den Gegner niederzwingen wollen, dürfen wir als die neue Jugend darin hinter ihnen stehen?? Haben wir als die Jugend aus dem gewesenen Massenorden nichts gelernt??

Auch ich glaube daran, daß die Menschen, die der Monarchie anhängen, diese Verfassung hassen, sie stürzen wollen auf Grund ihrer geistigen Einstellung. Sollten diese Menschen, deren Gefinnung auf dem Kasernenhofe, in den höheren Schulen gezüchtet

Soll dir frommen ein Schlag, das merke,  
führ ihn gleich mit entschuldigender Stärke!  
Nur nichts Halbes, wo dir bewußt,  
daß du das Ganze vertreten müßt!

Geibel.

ist, mit der Waffe in der Hand die Republik stürzen wollen, dann wird die Arbeiterschaft, wenn sie wirklich zur Republik steht, diese auch zu schützen wissen, ohne daß man vorher Umzüge oder Wäl... geübt hat.

Noch eine große Gefahr sehe ich durch die Jugendgruppe des Reichsbanners heraufsteigen. Nach 1918 haben alle sozialistischen Bewegungen einen Aufschwung erlebt wie nie zuvor. Doch im Laufe der Zeit sind alle sogenannten Novembersozialisten zu ihren Viertöpfen und ihrem General-Anzeiger zurückgekehrt. So war es bei den Alten, bei den Jungen war es nicht viel anders. Durch diese Vorgänge waren die Bewegungen, insbesondere die Jugendbewegungen, zu der Einsicht gebracht, daß es nicht unser Bestreben sein dürfe, in die Breite, sondern in die Tiefe zu gehen. Diese Ueberzeugung hat mehr oder weniger stark auch in der Arbeiterjugend Boden gewonnen. Dann kam die Gründung der Reichsbannergruppen, deren Ziel es war, die Massen zu sammeln. Da mußte es zwischen den Menschen aus der Jugendbewegung, die erkannt hatten, daß der Wert unserer Bewegung nicht in ihrer zahlenmäßigen Größe, sondern in ihrer Tiefe, in dem Durchdringensein von unserer Idee liegt, zu einem inneren Konflikt kommen. So liegen die Dinge. Und nun, ihr Freunde vom Reichsbanner, wenn ihr unsere Ansicht nicht teilen könnt, dann versucht sie wenigstens zu achten. W. Jahnke.

## Mehr gewerkschaftliche Jugendarbeit!

Von Bernhard A....

Die Frage der gewerkschaftlichen Jugendarbeit tritt heute mehr denn je in den Vordergrund. Die Zeit der Inflation, unter deren Wirkungen die Gewerkschaften mit am schwersten zu leiden hatten, ist vorbei. Wir sehen überall einen Wiederaufbau in den Gewerkschaften. Wesentliche Erhöhung der Streikunterstützung, Wiedereinführung der sozialen Unterstühtungen, Propaganda und Bildungsarbeit der Gewerkschaften sprechen dafür, daß gemeinsames Schaffen, geeintes und geschlossenes Handeln zum Ziele führen werden. Doch mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften muß auch zugleich ein Neuaufbau sich vollziehen.

Die Wiedererweckung des gewerkschaftlichen Geistes, des solidarischen Handelns bildet eine Voraussetzung dafür. Die größeren Gewerkschaften besitzen eigene Jugendsektariate, die eigene Jugendblätter herausgeben, die Zeitschriften der Gewerkschaftszeitungen bringen. Die Jugendsektionen der Gewerkschaften entstanden auf Grund der psychologischen Eigenart der Jugend. Sie bilden kein eigentliches Kampfobjekt, sondern sind das Reservoir zur Bildung und Schulung der Jugendlichen zu Funktionären des Verbandes. Die Wege und Ziele der Jugendsektionen sind klar gekennzeichnet und helfen der proletarischen Jugend Aufgaben, die sie am ihrer selbst willen erfüllen muß. Doch was den Jugendsektionen fehlt, sind die praktischen Erfahrungen der Jugendbewegung. Was ihnen mangelt, sind die Funktionäre, Jugendlichen, die bereit sind, ihre Kraft und die Erfahrungen, die sie in der Jugendbewegung gesammelt haben, den Jugendsektionen dienstbar zu machen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Intelligenz der proletarischen Jugend in den Jugendorganisationen liegt; sie muß ihre Aufgabe mehr darin sehen, die Arbeit der Gewerkschaften zu för-

dern, ihren Einfluß auf die Jüngeren geltend machen, damit sie früher Hand anlegen an den großen Bau und dessen Vollendung.

Man soll nun nicht kommen mit der Befürchtung, daß durch das Bestehen oder die Gründungen der Jugendsektionen Konkurrenzorganisationen geschaffen würden. Ach nein — denkt an die vielen Sportvereine und sonstigen Wander- und Jugendgruppen. Heute gibt die vielen Unterlassungssünden der proletarischen Jugendbewegung gegenüber den Gewerkschaften wiedergutzumachen. Vor Jahren wurde hier in Lübeck durch die Initiative des Kollegen Dreger ein „Freigewerkschaftlicher Jugendaus-schuß“ ins Leben gerufen. Zu behaupten, daß es zu früh gewesen sei mit der Gründung dieses Ausschusses, ist entschieden falsch. Doch mit der Gründung dieses Ausschusses wäre notwendig gewesen die sofortige energische Inangriffnahme der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Dieses ist vernachlässigt worden durch die eigene Schuld der damals bestehenden Jugendsektionen und deren Mitarbeiter.

Wo zeigt sich der Wille für Einhalten und Durchführung der Jugendschlußbestimmungen? Sich nicht kümmern um seine gewerkschaftliche Tätigkeit, nicht kennen seine Befehlsgewichte, nicht kämpfen für sein Recht, so denkt die Masse der arbeitenden Jugend. Was geht das uns an? — Das sind Aufgaben der Gewerkschaften, die tun so wie so nichts für uns, eine alltägliche Redensart, die man häufig zu hören bekommt. Wir sind bald so weit, daß die Jugendbewegung überhaupt keine streitbaren Mitkämpfer mehr stellt für die Gewerkschaften.

Man soll sich doch endlich einmal vor Augen halten, daß die proletarische Jugendbewegung bei ihrer Gründung sich andere Aufgaben gestellt hat, als sie heute von einem großen Teil der Jugendbewegler ausgefaßt werden. Mehr die wirtschaftlichen Forderungen der Jugend heranzubringen, und mehr Abgabe leisten, an irgendwelche Kultur- und Menschheitsideale, die man aus der freiheitlich revolutionär bürgerlichen Jugendbewegung übernommen hat. Die Zeit verlangt von der Jugend, daß sie nicht absteigt nach den großen Wirtschaftsorganisationen, sondern, daß sie hineinragt den Geist der Jugend und Anteil nimmt am Kampfe. Die Jugend mit ihrem frischen Geist, die Alten mit ihren Erfahrungen, zwei Faktoren, die zusammen gehören und kämpfen müssen für die Ziele des Sozialismus. Die Gewerkschaften bilden im heutigen Staate eine Macht, sie bilden die Grundlage für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wenn die Gewerkschaften auch Gegenwartsforderungen vertreten, so sind dieses die Etappenwege des Sozialismus. Sie bilden das Bollwerk gegen alle Angriffe, die sich richten gegen das Proletariat von Seiten des Unternehmertums und sind die sicherste Gewähr für Verfassung und Republik. Möge die Jugend erkennen, wo ihr Platz ist, und mehr fördern nach ihren Kräften die Arbeit der Gewerkschaften! Sorgt mit dafür, daß die Jugendsektionen der Gewerkschaften ausgebaut werden! Laßt uns unsere Ziele nicht zu weit stecken, nicht zuviel vornehmen auf diesem Gebiet, aber mehr tun als bis dato.

Die „Arbeiterjugend“, die Zeitschrift unserer sozialistischen Jugendbewegung, tritt in das neue Jahr, das 17. ihres Bestehens, in neuem schmuckem Gewande. Den Umschlag zeichnete ein junger Künstler unseres Jugendverbandes. Außerdem ist der Umschlag ein kleines Kunstblatt beigelegt, das eine stimmungsvolle Zeichnung Rudolf Schöpfers wiedergibt. Der Inhalt dieses 1. Heftes ist wieder außerordentlich reichhaltig und gibt einen guten Ueberblick über die umfassende Bildungsarbeit, durch die unser Jugendorgan unser Jungvolk in die Weltanschauung des Sozialismus einzuführen versucht. So legt gleich der Eingangartikel „Belebe die Arbeit“ den Sinn der sozialistischen Gemeinschaftskultur dar, und ein zweiter redaktioneller Aufsatz bespricht das Ergebnis der Reichstagswahl. Von weiteren Beiträgen haben wir hervor „Perioden der deutschen Wirtschaftsgeschichte“ von Herold — „Der Glaube an das Wunder“ von Franz Kaufkötter — „Die Kunst der Japaner“ von Friedrich Wendel — „Zack London“ „Eiserne Feste“ — „Die Angestelltenjugend“ von E. Dieberich — „Ein Brief aus Lina“ — „Die sozialistische Jugendbewegung in Italien“ — „Wie ich Sozialist wurde“ von Zack London — „Die Vergeistigung der Materie“ von Max Barthel (Bruchstück aus seinem neuen, demnächst erscheinenden Roman). Stichzeichnung zu dem Kunstartikel, literarisch wertvolle Gedichte, allerlei Rubriken, die die praktische Arbeit der Verbandes behandeln, Buchbesprechungen und eine Spielesche tragen zur Belebung des Inhalts bei. Unsere erwachsenen Genossen, denen die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses für die Partei und Gewerkschaftsbewegung am Herzen liegt, werden dringend aufgefordert, die ihnen nahestehenden Jungen und Mädchen bei jeder Gelegenheit auf das Organ unserer sozialistischen Arbeiterjugend nachdrücklich hinzuweisen. Es ist durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ und durch jedes Postamt zu bestellen.

Die „Jungsozialistischen Blätter“, von denen das Januarheft des 4. Jahrgangs (eben in neuer Ausstattung erschienen), bringen der jungen Parteigenossenschaft eine Reihe interessanter Aufsätze. Wir haben hervor den Aufsatz „Sommer Werden eines neuen Deutschlands“ von Joh. Schult-Hamburg — „Krisis der Räteidee?“ von Erich Winkler-Leipzig — „Die Gerichteten“ von E. Ollenhauer-Berlin und „Die Stellung der katholischen Jugendbewegung zum Religiösen“ von Thomé. Die „Jungsozialistischen Blätter“ kosten pro Heft 30 Pfg. und sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ und durch jede Postanstalt zu bestellen.

## Monatsprogramm der Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten. Lübeck.

- Donnerstag, den 29. 1. 25: Vortrag.
  - Sonntag, den 1. 2. 25: Reigenabend.
  - Donnerstag, den 5. 1. 25: Lesabend.
  - Sonntag, den 8. 2. 25: Fahrt nach Travemünde. 7½ Uhr Geibelplatz.
  - Donnerstag, den 12. 2. 25: Vortrag: Wie lerne ich Reden? Kollege Müller.
  - Sonntag, den 15. 2. 25: Reigenabend.
  - Donnerstag, den 19. 2. 25: Jugendblätterbesprechung.
  - Sonntag, den 22. 2. 25: Schnitztag-Kannbruch. 8 Uhr Hanjastraße 160, Leitung Koll. M. Stark. 9 Uhr Lindenplatz. Leitung: Koll. J. Steinbiff.
  - Donnerstag, den 26. 2. 25: Monatsversammlung.
- Unsere Veranstaltungen finden im Jugendheim, Königstraße 97, abends 7½ Uhr, statt.